

P R O T O K O L L

über die 45. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag,
24. Mai 1984, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Karl Feuerhuber
Rudolf Steinmaßl
Manfred Wallner

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Helmut Hanzlik
Walter Heumann
Karl Hochrathen
Karl Holub
Rupert Humer
Dr. Kurt Keiler
Wilhelm Kern
Herbert Lang
Ottilie Liebl
Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Ernst Platzer

Erna Probst

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Erwin Schuster

Ing. Othmar Schloßgangl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

Dkfm. Helmut Zagier

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Magl. Johann Rabl

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Bau3-5992/80	Straßenbau Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Endabrechnung der Baumeisterarbeiten und Grundeinlösung.
ÖAG-2086/84 Stadtwerke	Brunnenfeld Dietach; Entschädigungszahlungen an Grundbesitzer im engeren Schutzgebiet.
Ha-2049/84	Freizeitkunstgruppe Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
GHJ1-2362/84	Erweiterung der Elektroakustikanlage (Lautsprecheranlage) für den Stadtplatz Steyr.
Wa-4125/73	Sanierung der Mülldeponie Steyr; Errichtung der Schmalwand-Grundwasserbeobachtungssonden.
GHJ2-5098/82	Errichtung einer Brandmeldeanlage im Zentralaltersheim; MDL-Anschluß.
GHJ1-3155/84	Ankauf eines Vervielfältigungsgerätes für die Hauptschule 2 Tabor.
Bau3-2721/80	Ausbau der Wolferner Landesstraße bzw. Seifentruhenumfahrung; Ausbau der Zufahrt Leiner.
Wa-4125/73	Sanierung der Mülldeponie Steyr; Schätzgutachten für die Liegenschaft Steinkogler.
En-6272/83	Herstellung einer Straßenbeleuchtung in der Wolferner Straße; II. Bauabschnitt.
En-2121/84	Sammelankauf von Holzmasten für die öffentliche Straßenbeleuchtung.
GHJ2-2971/84	Stadtheater Steyr - veranstaltungspolizeiliche Überprüfung; Instandsetzungsarbeiten.
GHJ2-2529/83	Sportheim Ennsleite; Fußbeodenerneuerung.
Bau5-5200/77	Durchführung vermessungstechnischer Arbeiten im Bereich der Resthofsiedlung.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-611/84 Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion.
- 2) Präs-591/84 Errichtung eines gemeinderätlichen Ausschusses für Umweltschutz.
- 3) Sport-4820/81 Sportanlage Rennbahn; Neubau einer Leichtathletikanlage.
- 4) Rp-800/82 Kontrollamt der Stadt Steyr; Jahresbericht 1983 gem. § 35 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 5) Ha-2120/84 Aufnahme von Kommunaldarlehen bei der Raiffeisenbank Garsten-Steyr und Sparkasse Steyr.
Ha-2111/84
- 6) Ha-3060/84 Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahre 1984.
- 7) Pers-355/84 Personalvertretung des Magistrates Steyr; Gewährung der Jahressubvention 1984 für Personalbetreuungsaufgaben (Betriebsausflüge und kulturelle Veranstaltungen).
- 8) Ha-2388/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Abwasserbeseitigungsanlage BA 03; Förderung durch das Land Oberösterreich - Baureferat; Haftungsübernahme.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 9) K-19/84 Erhaltung der alten Dachlandschaften; Dachreparaturen mit "Biberschwanz"-Ziegelmaterial.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 10) Bau3-3230/84 Straßenerhaltungsprogramm 1984.
- 11) Bau3-2721/80 Ausbau der Wolfener Landesstraße - Baulos Steyr, 1. und 2. Bauetappe und Baulos Judendorf II; Grundeinlösen.
- 12) Bau3-1251/84 Verbreiterung des Laichbergweges und Ausbau von Grundstückszufahrten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMÄSSL:

- 13) ÖAG-2353/84 Stadtwerke Steyr – Verkehrsbetrieb; Grundleistung gem. § 21
Stadtwerke Abs. 1 Z. 3 FAG 1979 für das Jahr 1984.
- 14) ÖAG-6116/79 Trinkwasserversorgung Neustift, Gleink und Weinzierl; Einbau
Stadtwerke der Fernwirk- und Fernmeldeanlage.
- 15) ÖAG-2152/84 Sanierung der Josef Wokral-Straße; Neuverlegung der Gas-
Stadtwerke und Wasserleitungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 16) Bau6-5135/83 Erstellung eines Kanaldetailprojektes für den Stadtteil Steyr-
dorf – Wehrgraben.
- 17) Bau6-4840/83 Errichtung der Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe; Erd-,
Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 18) ÖAG-2819/84 Rückkauf der Grundparzelle 1782/10 Bauplatz für den Kinder-
garten Resthof von der GWG Steyr.
- 19) GHJ2-152/82 Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Haratzmüllerstraße 37; Dach-
erneuerung.
- 20) GHJ2-1865/84 Volksschule Berggasse 4; Neueindeckung.
- 21) GHJ1-2149/84 Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen
Schulen.
- 22) FW-2781/84 Ankauf von Feuerwehrgeräten und Feuerwehrausrüstungsgegen-
ständen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung und darf mitteilen, daß für heute GR Köhler, Herr Stadtrat Pimsl, Herr GR Seidl und Herr Stadtrat Zöchling entschuldigt sind. Ich darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und daß die Einberufung dem Statut entsprechend ordnungsgemäß und zeitgerecht ergangen ist. Mein herzlicher Gruß heute gilt Herrn Gemeinderat Hochrather, der nach einem schweren Verkehrsunfall, bei dem er schwere Verletzungen erlitten hat, wieder genesen ist. Wir freuen uns, daß Sie heute wieder hier sind.

Applaus

Als Protokollprüfer ersuche ich Frau Gemeinderat Erna Probst und Herrn Gemeinderat Roman Eichhübl um Übernahme dieser Funktion. Danke, beide bestätigen dies. Anfragen sind mir keine zugegangen, so daß ich nunmehr zu einigen Mitteilungen kommen kann. Ich darf Ihnen berichten, daß nach den letzten Mitteilungen der Arbeitsmarktverwaltung in Steyr von den neuesten revidierten Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute noch keine nennenswerten Auswirkungen zu verspüren sind. Während allgemein eine geringere Arbeitslosenrate und ein höheres Wirtschaftswachstum als angenommen wurde vorhergesagt wird, trifft dies für den Raum Steyr noch nicht zu. Durch die schwierige Lage der Metallindustrie und die Dominanz der Metallwirtschaft hat die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter noch leicht zugenommen. Das Überangebot von Arbeitskräften in dieser Sparte ist noch immer beträchtlich. Eine etwas günstigere Entwicklung ist in der Bauwirtschaft festzustellen. Hier wird von einer leichten Belebung der Konjunktur gesprochen und es kommt auch zur Wiedereinstellung von Arbeitskräften. Ich habe mich auch bei Herrn Generaldirektor Dr. Büchelhofer über die uns allen bekannte Situation bei BMW informiert. Nach Mitteilung des Betriebes ist der Steyrer Betrieb vom Metallarbeiterstreik in Deutschland stark betroffen und in erster Linie gilt dies für die Montageabteilungen, weil Zulieferteile fehlen. Insgesamt betrifft dies zunächst rund 300 Mitarbeiter. Der Betrieb ist bemüht, durch Arbeitsumschichtungen, soweit dies organisatorisch möglich ist, Härten zu vermeiden. Über die weitere Entwicklung kann derzeit seitens des Betriebes noch keine konkrete Aussage getroffen werden, weil diese vom Fortgang der Streiks in Deutschland abhängt.

Auch mit Herrn Generaldirektor-Stellvertreter Dipl. Ing. Feichtinger habe ich ständigen Kontakt und wir führen laufend Gespräche über die Entwicklung des Betriebes. Ich glaube, daß die engen Berührungspunkte zwischen der Stadt Steyr und den Steyr-Werken es rechtfertigen, daß mit der Firmenleitung regelmäßige Kontaktgespräche geführt werden. Gegenstand einer kürzlich mit Generaldirektor Dipl. Ing. Feichtinger erfolgten Aussprache bildeten folgende Punkte: Neubau der Lehrwerkstätte, und zwar entspricht die jetzige Lehrwerkstätte nicht mehr den gesetzlichen Erfordernissen, so daß seitens des Werkes ein Neubau nicht mehr länger aufzuschieben sein wird. Generaldirektor Feichtinger ist der Auffassung, daß die Steyr-Werke bei der gegebenen Wirtschaftslage und der im Gang befindlichen Strukturbereinigung die Lehrwerkstätte nur in einer Größe errichten kann, wie es für den eigenen Bedarf des Werkes erforderlich ist. Wenn aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die Lehrwerkstätte größer gebaut werden soll, so müßten die Mehrkosten von der öffentlichen Hand getragen werden. Hier wurden schon Gespräche mit Sozialminister Dallinger geführt. In diesem Fall muß auch damit gerechnet werden, daß eine Kostenbeteiligung der Gemeinde erwartet wird. Ich glaube, daß hier eine gemeinsame Mittelaufbringung – Bund, Land, Gemeinde – natürlich in entsprechendem Abstand – gerechtfertigt wäre. Die Stadt wird sich jedenfalls einer derartigen Verpflichtung nicht ganz entziehen können, wenn wir wollen, daß für unsere jungen Menschen die notwendigen Ausbildungsplätze auch in Zukunft vorhanden sind. Die entsprechenden Gespräche und Beschlüsse können erst bei Inangriffnahme dieses Bauvorhabens geführt werden.

Herr Generaldirektor Feichtinger hat neuerlich auch wieder – das war schon mehrmals im Gespräch – der Stadt Steyr angeboten, daß die Schwimmschule von der Stadt übernommen werden möge. Ich glaube, daß ich da im Namen aller spreche, wenn ich dieses Ansinnen abgelehnt habe, weil wir schon genug Verpflichtungen haben und das Werk dieser sozialen Verpflichtung nachkommen sollte. In dieser Richtung wurde Herr Generaldirektor Feichtinger von mir informiert.

Ich darf mitteilen, daß der nächste Besuch eines Spitzenpolitikers des Landes mit Herrn Landesrat Dr. Leibenfrost für den 30. Mai 1984 vereinbart wurde. Es werden bei diesem Gespräch Fragen der Gewerbeförderung und die Ansiedlung neuer Betriebe in Steyr die Basis bilden. Herr Dr. Leibenfrost kennt die Struktur unserer Stadt sehr gut und nach den bisherigen telefonischen Kontakten glaube ich, daß mit positiven Vorschlägen auch seitens des Landes zu rechnen sein wird.

Ich möchte noch mitteilen, daß es in Steyr einen Verein "Arbeitslosenselbsthilfe" gibt, der sich gebildet hat, der mit Unterstützung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und der örtlichen Arbeitsmarktverwaltung bemüht ist, Kurse abzuhalten, nach deren Absolvierung Schulabgänger, die schon längere Zeit arbeitslos sind, leichter vermittelt werden können. Es waren mehrere Gespräche mit Vertretern des Vereines und die Mitwirkung der Stadtverwaltung soll in der Form geschehen, daß Objekte überlassen werden zur Renovierung und daß die Stadt Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stellt. Es wurden den Vereinsvertretern verschiedene Vorschläge unterbreitet und wir haben in den Vordergrund gestellt, daß wir die Sanierung des Schloßparkes als ein mögliches Betätigungsgebiet ansehen. Unter Mitwirkung der Stadtgärtnerei könnten diese ungelerten Kräfte einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung des Schloßparkes liefern. Wenn der Verein diese Vorschläge aufgreift und zu ersehen ist, daß sie sich positiv zu diesen Dingen stellen, kann man auch darüber sprechen, daß Objekte für einfache Reparaturarbeiten zur Diskussion gestellt werden. Wir haben mehrere Möglichkeiten aufgezeigt. Es wäre aber durchaus auch möglich, daß man im Rahmen der Stadtverschönerung diese jungen Menschen zu diesen Arbeiten heranzieht, indem sie z. B. Rodungs- und Reinigungsarbeiten, Instandsetzung von Holzbänken, einfache Adaptierungsarbeiten an Altgebäuden usw. durchführen. Wir setzen jedenfalls als Stadt damit die Bestrebungen fort, Aktionen zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit zu fördern.

Ich möchte noch mitteilen, daß die Firma Systema, eine Steyrer Firma, an die Stadt um Überlassung eines Gebäudes für betriebliche Zwecke herangetreten ist. Zunächst wurde über eine käufliche Überlassung des Schlosses Engelsegg verhandelt, dort ergaben sich aber insofern Probleme, als dieses Schloß ja bewohnt ist, es wohnen dort 8 Mieter. Es ergeben sich dort sicher bei allfälligen Räumungen Schwierigkeiten. Wir haben daher seitens der Stadt im Einvernehmen mit der Fa. Systema auch darüber verhandelt, ob unter Umständen der Verkauf der Frauenberufsschule in der Stelzhamerstraße eine Basis wäre, die betrieblichen Voraussetzungen dieser Firma zu verbessern. Die diesbezüglichen Gespräche sind derzeit im Gange.

Dazu möchte ich sagen, daß ja hier im Gemeinderat schon diskutiert wurde und heute sicher noch diskutiert wird über die Errichtung eines Volksbildungshauses, eine Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten unserer Volkshochschule. Auf der einen Seite sind wir bestrebt, den Betrieben zu helfen, man kann aber mit so konkreten Aussagen unter Umständen Schwierigkeiten haben, weil sich doch andere Notwendigkeiten ergeben. Die grundsätzliche Überlegung, die Volksbildung auszubauen, ist ja damit nicht ad acta gelegt, sondern es ist möglich, in anderen Bereichen diese unsere Vorstellungen zu verwirklichen. Die Absichten in dieser Richtung seitens der Stadt sind natürlich vorhanden.

Meine Damen und Herren, schließlich darf ich noch mitteilen, daß am Sonntag eine sehr große Anzahl von Steyrern mit einem Sonderzug nach Eisenerz fährt. Ich nehme an, daß in den Fraktionen darüber gesprochen wurde. Es liegen derzeit über 700 Anmeldungen vor. Sehr viele Vereine und Organisationen nehmen daran teil und ich lade alle Mitglieder des Gemeinderates nochmals ein, sich an dieser Reise zu beteiligen.

Wenn sich jemand noch nicht gemeldet hat und den Wunsch hat, mitzufahren, so darf ich hier eine Liste durchgeben von Frau OAR Hofinger, die ja die Anmeldungen entgegennimmt, wo noch Anmeldungen möglich sind. Es ist allerdings nur mehr möglich, am Sonntag mit dem Sonderzug zu fahren, da die Übernachtungsmöglichkeit in Eisenerz nur in sehr beschränktem Ausmaß gegeben ist. Es sind ja bereits am Samstag Veranstaltungen vorgesehen.

So weit meine Mitteilungen an den Gemeinderat.

Weiters bitte ich Sie um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt und sind der Tagesordnung angeschlossen.

Zu den Verhandlungsgegenständen ersuche ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um die Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Beim ersten Bericht, den ich Ihnen vorzutragen habe, handelt es sich noch nicht um einen Antrag, der heute zur Beschlußfassung vorgelegt wird, sondern es handelt sich darum, eine Neufassung unseres Entwicklungskonzeptes dem Gemeinderat vorzuschlagen.

1) Präs-611/84

Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion.

Einleitend darf ich feststellen, daß ich mit meinen Ausführungen in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit erheben möchte, ich habe auch nicht vor, den vorliegenden Vorschlag, den Sie alle schriftlich haben, zur Verlesung zu bringen, sondern ich möchte mich auf allgemeine Aussagen beschränken. Ich möchte nur eine Zusammenfassung dieser Problematik bringen.

Am 22. Februar 1977 hat der Gemeinderat einstimmig ein Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und deren Umlandregion beschlossen, in welchem klare und eindeutige Vorstellungen über die weitere städtische Entwicklung formuliert wurden. Der damalige Beschluß war ein aktiver Vorstoß des Gemeinderates gegen verschiedene Aussagen, die der Stadt Steyr im wesentlichen alle Entwicklungschancen absprachen. Rückblickend kann man heute feststellen, daß der seinerzeitige Beschluß richtig war und die Entwicklung den dargelegten Vorstellungen folgte. Sowohl im eigenen Bereich als auch auf Bundes- und Landesebene wurden große Anstrengungen unternommen, die zweifellos vorhandenen Standortnachteile zu beseitigen und die gesamte Struktur der Stadt zu stärken. In seinen wesentlichen Zielsetzungen kann heute dieses Konzept als erfüllt angesehen werden. Diese Feststellung ist jedoch kein Grund, auf errungenem Lorbeer auszuruhen. Wir wollen daher in der heutigen Sitzung an erster Stelle den Entwurf einer Neufassung des Entwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr behandeln. Mit dieser Neufassung, die ich Ihnen heute vorlege, soll der erfolgreich eingeschlagene Weg weiter in der Zukunft beschrritten werden. Mit der heutigen Einbringung des Entwurfes soll dem Gemeinderat die Möglichkeit geboten werden, diesen eingehend zu beraten, so daß es, wie ich hoffe, so wie im Jahr 1977, zu einer einstimmigen Beschlußfassung kommen wird.

Bevor ich jedoch näher auf den Inhalt eingehe, erlauben Sie mir, einige grundsätzliche Gedanken zu äußern. In letzter Zeit wird in vermehrtem Maß durch verschiedene Medien der Politiker, ja die gesamte Politik in Frage gestellt. Dies hat in manchen Bereichen dazu geführt, daß wichtige Entscheidungen anstehen und Sachfragen nicht mehr in den zuständigen Gremien, sondern in den Medien und Zeitungen abgehandelt werden.

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat kürzlich in einem Vortrag

aus aktuellem Anlaß festgestellt, daß dem Politiker oftmals im Hinblick auf bevorstehende Wahlen bei wichtigen zukunftsorientierten Entscheidungen die Hände gebunden sind und er deshalb nur kurzfristige Entscheidungen treffen kann. Diese Ansicht mag in manchen Bereichen stimmen, trifft aber sicher nicht auf die Kommunalpolitik zu.

Als Gemeinderäte sind wir von der Bevölkerung der Stadt nicht nur dazu berufen, die Stadt zu verwalten, sondern wir haben damit auch die Verpflichtung übernommen, für die Zukunft zu planen, die Stadt weiter zu entwickeln und in ihrer Struktur zu stärken. Die hier im Gemeinderat sitzenden Vertreter der wesentlichen politischen Kräfte wurden von der überwiegenden Mehrheit der Bewohner Steyrs in ihr Mandat berufen. Die Bevölkerung kann daher vom Gemeinderat klare Entscheidungen verlangen und erwarten, daß er die getroffenen Entscheidungen auch vertritt.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr war sich dieses Auftrages stets bewußt und hat sein Handeln danach ausgerichtet.

Der Ihnen nunmehr vorliegende Entwurf eines neuen Entwicklungskonzeptes folgt dieser Linie und soll die erfolgreich eingeleitete Entwicklung fortsetzen. Es kann jedoch wiederum nur das Ziel sein, Grundsätze zu formulieren, wobei immer von den Bedürfnissen des Menschen auszugehen ist. Abweichend vom vorhergehenden Konzept ist die Neufassung nicht mehr nach Kompetenzbereichen für Bund, Land und Gemeinde erstellt, sondern ist nach Sachbereichen gegliedert. Das sich daraus ergebende Arbeitsprogramm wird den jeweiligen Budgetverhandlungen, den Investitionsprogrammen und Einzelbeschlüssen des Gemeinderates sowie den Entscheidungen des Bundes, des Landes und der Interessensvertretungen überlassen bleiben. Obwohl der Kompetenzbereich sich auf den Verwaltungsbereich der Stadt beschränkt, wird in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit nötig sein, um überregionale Probleme gemeinsam zu lösen.

Ich möchte mich nun den einzelnen Kapiteln des Konzeptes zuwenden und versuchen, die wichtigsten Gedanken zu interpretieren.

Dem Konzept soll grundsätzlich raumordnungsmäßige Gestaltung im Sinne des öö. Raumordnungsgesetzes zukommen. Das heißt, daß besonderer Wert auf die Gleichwertigkeit mit den übrigen Entwicklungsplänen in Oberösterreich, speziell mit jenen des öö. Zentralraumes, gelegt wird. Dadurch sollen Nachteile, welche aus der Randlage der Stadt zweifellos noch bestehen, aufgehoben werden. Intern ist vor allem der Flächenwidmungsplan der Stadt laufend der Stadtentwicklung und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten anzupassen. Wichtig wird auch sein, in allen Bereichen eine gewisse Angebotsvorgabe zu schaffen, um noch mehr als bisher von einer Anpassungsplanung zu einer bewußt gesteuerten Entwicklung zu gelangen. Einen Schwerpunkt der Planung wird die Revitalisierung alter Stadtteile sein, einerseits um das große historische Erbe zu bewahren und andererseits, um vorhandene Infrastrukturen stärker zu nützen und die Lebensqualität in diesen Gebieten deutlich zu heben.

Ich denke in diesem Zusammenhang im besonderen an die Stadtteile Wehrgraben und Steyrdorf.

Die Erfüllung aller gestellten Aufgaben hat eine gesicherte Finanzlage der Stadt zur Voraussetzung. Die letzten Entwicklungen zeigen, daß der Trend immer mehr von einer Ordnungs- zu einer Dienstleistungsverwaltung führt. Es wird daher bei den derzeit laufenden Finanzausgleichsverhandlungen erforderlich sein, alles zu unternehmen, um die Finanzkraft der Gemeinden zu erhalten bzw. zu verbessern.

Die Weltwirtschaftskrise und der derzeit in der Bundesrepublik Deutschland laufende Arbeitskonflikt haben mit erschreckender Deutlichkeit aufgezeigt, wie labil das gesamte Weltwirtschaftsgefüge ist. Es ist daher von der Stadt aus zu sorgen, daß die Prosperität der ansässigen Großbetriebe erhalten bleibt und mit Hilfe des Bundes die Exportmöglichkeiten der Steyrer Erzeugungsbetriebe verbessert werden.

Es wird aber großer Anstrengungen bedürfen, nicht nur den Bestand der bereits ansässigen Betriebe zu erhalten bzw. zu verbessern, sondern auch neuen Betrieben die Möglichkeit zu erschließen, sich in Steyr anzusiedeln. Hier ist sowohl an Zulieferer

für bestehende Großbetriebe als auch an andere Produktions-
sparten besonders aus dem nicht metallverarbeitenden Bereich
gedacht. Möglichkeiten bestehen dafür für die Stadt vor allem
durch die Beistellung kostengünstiger Grundstücke, wobei an die
großen Grundankäufe des letzten Jahres erinnert werden soll. Im
Rahmen der finanziellen Möglichkeiten soll auch die Gewerbeförde-
rung verstärkt werden. Hier stehen derzeit verschiedene Varianten
zur Diskussion. Verstärktes Augenmerk wird auf die Nutzung derzeit
leerstehender und nicht im Besitz der Stadt befindlicher Betriebs-
Objekte zu legen sein.

Zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur werden aber auch noch zahl-
reiche andere Maßnahmen notwendig sein, von denen ich noch einige
beispielhaft anführen möchte. So muß die vermehrte Schaffung von
Sondereinrichtungen des Bundes und Landes, wie z. B. Schulen, Schu-
lungszentren, Erholungs- und Jugendheimen, gefordert werden. Um
die Belebung der inneren Stadt sicherzustellen, sind auch Maßnah-
men zu setzen, daß eine ausgewogene Nutzung des Hausbestandes durch
verschiedene Geschäftssparten erfolgt. Durch die Revitalisierung
der Stadtteile Wehrgraben und Steyrdorf muß der Abwanderung Einhalt
geboten und das gesamte Gebiet auch wieder für eine gewerbliche
Nutzung attraktiv gestaltet werden. Ein wichtiger Punkt ist auch die
Förderung des Fremdenverkehrs, wobei die Möglichkeiten, Steyr als
Tagungsort anzubieten, verstärkt genützt werden sollen. Ein Frem-
denverkehrskonzept soll die Wochenend- und Tagesaufenthalte stärker
betonen und die Bedeutung Christkindls hervorheben. Hier darf ich
darauf hinweisen, daß die Tagungen der Bundesregierung im Jänner
zweifelloos einen Werbeeffect gezeigt haben. Wir haben im heurigen
Jahr wesentlich mehr Veranstaltungen zu verzeichnen, als das in den
abgelaufenen Jahren der Fall war. Man mag über diese Veranstaltung
denken wie man will, aber es war für unsere Stadt sicherlich von
positiver Auswirkung.

An vorderer Stelle des Konzeptes steht aus gutem Grund das Kapitel
"Wohnen". Mit Besorgnis haben wir hier im Gemeinderat den Anstieg
der Wohnkosten in Neubauten registriert und bereits verschiedene
Maßnahmen zur Eindämmung dieser Entwicklung eingeleitet. Es wird
daher in der städtischen Wohnbaupolitik nötig sein, den differen-
zierten Bedürfnissen der Bevölkerung verstärkt Rechnung zu tragen.
Dem Bau von Einfamilienhäusern und der Altwohnungsverbesserung
wird im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten eine verstärkte Be-
deutung zukommen. Bei der GWG der Stadt Steyr muß weiterhin der
soziale Wohnungsbau den Schwerpunkt bilden, wobei durch Einfluß-
nahme auf Wohnungstypen und -größen auch die sozialen Belange wahr-
genommen werden können. Aber auch den anderen in Steyr tätigen Wohn-
baugenossenschaften und Wohnbauträgern ist eine entsprechende Unter-
stützung bei der Vermittlung von Gründen und bei der Schaffung von
infrastrukturellen Einrichtungen zu geben. Ihnen soll auch die Er-
richtung von Eigentumswohnungen nach der Bedarfslage anheimgestellt
werden. Stärker noch als bisher soll die Wohnbauplanung von den zu-
ständigen gemeinderätlichen Ausschüssen geprüft werden. In anderem
Zusammenhang wurde bereits auf die große Aufgabe der Stadterneuerung
und Revitalisierung verwiesen. Dieses Kapitel ist so umfangreich und
auch allgemein bekannt, daß ich es vermeiden möchte, jetzt auf De-
tails einzugehen. Es werden aber sicher alle vorhandenen Möglich-
keiten genützt werden, um entscheidende Fortschritte zu erzielen.

Ein eigenes Kapitel ist dem Bildungswesen gewidmet. Besonders in den letzten Jahren sind auf dem Gebiet des Schulbaues große Fortschritte erzielt worden, so daß Steyr den Anforderungen einer Schulstadt in hohem Maß entspricht. Bei den Bundesschulen ist lediglich noch der Ausbau der HTL zu fordern, der derzeit bereits im Gang ist, während auf dem Pflichtschulsektor den stadtteilbedingten Entwicklungen und den Erfordernissen des Schulorganisationsgesetzes Rechnung zu tragen ist. Der vorhandene Schulraum ist daher unter Berücksichtigung allfälliger neuer Schultypen sinnvoll zu nützen, wobei kurzfristige Engpässe durchaus durch den Einsatz von Schüleromnibussen überbrückt werden könnten.

Auf dem Kindergartensektor sind die regionalen Bedürfnisse der Stadtteile durch den weiteren Ausbau von Kinderhorten und Tagesheimstätten zu berücksichtigen, wobei besonders Bedacht auf die Belange der berufstätigen Mütter zu nehmen ist.

Verstärkt sind auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und des zweiten Bildungsweges zu beachten. Die bewährten Einrichtungen sollen erhalten bleiben, der Volkshochschule ist ein qualifizierter Inhalt zu geben, wobei an eine Verstärkung der Vorträge mit anschließender Diskussion unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der heranwachsenden Jugend gedacht ist. In vermehrtem Maß sollen Volkshochschulkurse in den einzelnen Stadtteilen durchgeführt werden.

Die Entwicklung der Gesellschaft macht es erforderlich, sich in noch stärkerem Maß der Jugend und ihren vielschichtigen Problemen zuzuwenden. Dazu soll ein "Jugendbeirat", ähnlich dem bewährten Seniorenrat, ins Leben gerufen werden, in dem die Jugend ihre Vorstellungen artikulieren kann und Entscheidungshilfen für den kommunalen Bereich erarbeiten soll. Es soll aber nicht bei Worten bleiben, deshalb wird die Stadt von sich aus in verschiedenen Bereichen tätig werden. In den Stadtteilen sollen geeignete Spiel- und Bewegungsflächen bereitgestellt werden, mit den Sportvereinen wären Übereinkommen zur verstärkten Nutzung der Anlagen abzuschließen, Organisationen und Vereine, die sich in besonderem Maß der Jugendbetreuung widmen, sollen in verstärktem Maß gefördert werden. Das Jugendreferat soll die Kreativität der heranwachsenden Jugend durch verschiedene Wettbewerbe fördern. Durch den Ausbau des Zentralaltersheimes wird eine Verlegung der Jugendherberge nötig, wozu bereits die ersten Schritte eingeleitet sind. Ein besonderes Augenmerk ist aus gegebenem Anlaß den Problemen der arbeitslosen Jugendlichen zuzuwenden.

Die Stadt Steyr weist ein reiches Kulturleben auf. Ein umfangreiches Programm des Kulturamtes wird durch zahlreiche öffentliche Aktivitäten der vielen kulturellen Vereinigungen der Stadt ergänzt. Auch in diesem Bereich gilt es, die Kreativität der Menschen zu fördern, auch hier die Jugendbetreuung in besonderem Maß zu fördern. Ein wichtiges Anliegen für die Zukunft wird es sein, die Kultur durch Verstärkung der Veranstaltungstätigkeit in den einzelnen Stadtteilen näher zu den Menschen zu bringen.

Der größer gewordene Freizeitraum hat dem Sport im gesellschaftlichen Leben einen neuen Stellenwert gegeben. Er ist heute nicht mehr ein Vorrecht der Jugend, sondern umfaßt alle Altersgruppen.

Die Stadt hat darauf in Zukunft verstärkt auf zwei Ebenen Beachtung zu nehmen, nämlich auf dem Gebiet des Sportstättenbaues und der finanziellen Förderung der Vereine.

Auf dem erstgenannten Sektor werden mit dem Ausbau der Sportanlage Rennbahn die ersten entscheidenden Schritte gesetzt. Neben der Errichtung einer Leichtathletikanlage und der Herstellung verschiedener Spielfelder ist auch eine Überdachung der Kunsteisbahn geplant. Die Vereinssportanlagen sollen, soweit es erforderlich ist, saniert werden, wobei sich die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Dringlichkeit beteiligen soll. Überdies sollen die öffentlichen Sporteinrichtungen und -anlagen so ausgestaltet sein, daß sie für Behinderte zugänglich und benützbar sind.

Die finanzielle Unterstützung der Vereine soll in der bewährten Weise fortgesetzt werden, wobei sowohl die sportliche Betätigung auf der Amateurbasis als auch eine Unterscheidung nach aktiver und passiver Sportausübung in Betracht zu ziehen ist. Auch im sportlichen Bereich soll gelten, daß eine verstärkte Förderung jenen Vereinen zukommen soll, die sich in besonderem Maß in der Jugendbetreuung engagieren.

Mit besonderem Stolz weist die Stadt Steyr immer auf zahlreiche beispielgebende Einrichtungen im sozialen Bereich hin. Diese dienen im besonderen Maß unseren älteren Mitbürgern. An erster Stelle muß ich hier das städtische Zentralaltersheim nehmen. Es war und ist stets oberstes Ziel der Stadtverwaltung, jedem alten Mitbürger eine Unterbringungsmöglichkeit, je nach Bedarf in der allgemeinen oder in der Pflegeabteilung, zu sichern. Ein Wandel in der Altersstruktur zwingt die Stadt dazu, die Pflegeabteilung immer weiter auszudehnen. Dieser Grundsatz gilt auch für die Zukunft.

Über die Sicherung des tatsächlichen Lebensbedarfes ist für die Bewohner des Zentralaltersheimes eine besondere psychische Betreuung geplant. Die Stadt Steyr kann aber diese stetig wachsende Aufgabe kaum mehr bewältigen, so daß an das Land Oberösterreich die Forderung nach Einrichtung einer geriatrischen Abteilung im Landeskrankenhaus Steyr dringend wiederholt werden muß. Die bewährten freiwilligen Dienste der Stadt, wie Essen auf Rädern, mobile Hauskrankenpflege und Haushaltshilfe, werden den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend weitergeführt. Ebenso wird der Seniorenpaß im bisherigen Umfang weiterhin zur Ausgabe gelangen. Den Problemen der behinderten Mitbürger soll besonderes Augenmerk zugewendet werden. Es sind daher alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die öffentlichen Einrichtungen für sie zugänglich zu machen.

Ein großes Kapitel im Rahmen des Entwicklungskonzeptes ist dem Thema "Erhaltung des Naturraumes" gewidmet. Durch die alarmierenden Nachrichten aus dem gesamten europäischen Raum hat dieses Thema eine besondere Aktualität erlangt. Erhaltung des Naturraumes bedeutet jedoch nicht nur Erhaltung von Bäumen und Pflanzen, sondern umschließt alle Maßnahmen, die dazu geeignet sind, unsere Umwelt und unseren Lebensraum zu schützen und zu erhalten. Die Erhaltung der Wälder, die Sicherung des freien Zuganges zu Flußufern und Wäldern sind ebenso zu berücksichtigen wie die

Bemühungen um eine Verbesserung der Wasserqualität unserer Flüsse durch den Bau der regionalen Abwasserbeseitigungsanlage.

Der Frage der Lärmbelastigung ist in Zukunft ein noch höheres Augenmerk zu schenken. Dazu sind entsprechende Überlegungen bei der Planung von neuen Verkehrsanlagen erforderlich. Ebenso ist durch eine entsprechende Verkehrsorganisation eine Reduzierung des Verkehrslärms anzustreben. Obwohl die Stadt Steyr in bezug auf Luftqualität eine führende Stellung einnimmt, muß der dauernden Beobachtung der Luftgüte auch in Zukunft großes Augenmerk zugewendet werden.

Dem verstärkten Trend zur Natur soll durch die Errichtung von Kleingartenanlagen in stadtnahen Lagen entsprochen werden. Konkrete Planungen dazu sind bereits im Gange. Um die Umweltbelastung so klein als möglich zu halten, ist die Ausarbeitung eines Energiekonzeptes für den gesamten Stadtbereich unter Einbeziehung aller Energiequellen vorgesehen. Die im inneren Stadtbereich vorhandenen Grünflächen und Parkanlagen sind weiterhin besonders zu pflegen. Darüber hinaus sollen im Rahmen bestehender Möglichkeiten Grünzonen im gesamten Stadtgebiet angelegt werden.

Zur Vorberatung aller dieser Fragen ist ein gemeinderätlicher Ausschuß, ein Umweltausschuß, einzurichten, der in seiner politischen Zusammensetzung den übrigen gemeinderätlichen Ausschüssen entsprechen soll. Wir werden in diesem Zusammenhang heute noch eine Beratung abführen. Diesem ist ein Umweltschutzbeirat anzugliedern, der ähnlich dem Verkehrsbeirat zu gestalten ist und für den Umweltausschuß Hilfestellungen bieten soll.

Große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt wird die zukünftige Führung des überörtlichen und örtlichen Verkehrs haben, ohne Festlegung eines übergeordneten Straßensystems ist auch eine sinnvolle Stadtstruktur unmöglich.

Um den überörtlichen Individualverkehr zu reduzieren, ist eine Verbesserung der Eisenbahn- und Autobusverbindungen anzustreben. Vorrang im überregionalen Straßenbau genießt die Errichtung der Nordspange mit einem leistungsfähigen Anschluß an die Westautobahn. Hier wird es erforderlich sein, beim Bund auf eine rasche Realisierung dieses Vorhabens zu drängen, damit einerseits eine direkte leistungsfähige Verbindung zu dem im Osten der Stadt gelegenen Industriegebiet geschaffen wird und gleichzeitig das innerstädtische Straßennetz eine bedeutende Entlastung erfährt. Im innerstädtischen Bereich ist vor allem der Ausbau der Haratzmüllerstraße zwischen Kreisverkehr und Stadtbad mit größtem Nachdruck zu betreiben.

Überdies ist beim Bund der Ausbau der Eisen- und Steyrtalbundesstraße dringend zu fordern, um den zahlreichen Pendlern bessere Anfahrtsmöglichkeiten zur Stadt anzubieten und um auch die bessere fremdenverkehrs mäßige Aufschließung der Umlandregion zu betreiben. Beim innerstädtischen Straßenbau ist mit der Schließung des innerstädtischen Verkehrsrings durch den Bau des Straßenabstieges Tomitzstraße - Schwimmschulstraße das Bauprogramm des Hauptstraßennetzes abgeschlossen. Als nächster Schritt wird der verstärkte Ausbau der Sammel- und Erschließungsstraßen nötig sein. Die zunehmende Verkehrsdichte erfordert mehr als bisher eine Zuordnung des Verkehrs auf geeignete Straßen. Der störende Lkw-Verkehr soll aus Wohngebieten eliminiert werden, dem Durchzugs- und Umfahungsverkehr soll durch eindeutige Kanalisierung die Möglichkeit genommen werden, auf Schleichwege auszuweichen. Das Stadtgebiet soll überdies mit einem Netz von Rad- und Fußwegen in attraktiver Linienführung überzogen werden. Mit dem Ausbau des Liniennetzes des städtischen Verkehrsbetriebes soll unter Bedachtnahme auf die Wirtschaftlichkeit den Wünschen der Bevölkerung entsprochen werden und gleichzeitig auch der Individualverkehr durch ein attraktives Angebot reduziert werden. Der Fußgängersicherheit wird auch in Zukunft durch die Errichtung von Über- und Unterführungen Rechnung getragen werden. Die Probleme des ruhenden Verkehrs sollen durch die Schaffung eines generellen Parkplatzkonzeptes gelöst werden.

Das letzte Kapitel des Konzeptes betrifft die Fragen der Versorgung und Entsorgung. Auf diesem Gebiet sind in den letzten Jahren bedeutende Leistungen erbracht worden und sollen auch in Zukunft weitergeführt werden. Zu nennen ist dabei der Wasserverband Re-

gion Steyr, mit dessen Hilfe auch für die Zukunft der erhöhte Wasserbedarf unserer Region sichergestellt werden soll. Es ist daher diesen Aufgaben ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Vor allem ist das Interesse der Stadt an einer zukünftigen Wasserversorgung aus dem Speicher des Kraftwerksprojektes Reichraming-Hintergebirge zu deklarieren.

Der Reinhaltungsverband Steyr ist seit Jahren erfolgreich tätig. Der Großteil der Verbandssammler im Stadtgebiet ist bereits in Betrieb, auch die zentrale Kläranlage befindet sich im Stadium der Fertigstellung. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbandes wird sich daher in den nächsten Jahren in die Umlandgemeinden verlagern. Für den innerstädtischen Bereich ist jedoch noch ein rascher Baubeginn am noch fehlenden Kanalsammler im Wehrgraben erforderlich. Die nötigen Maßnahmen sind unabhängig von der Klärung der Rechtslage einzuleiten. Im Bereich der städtischen Abwasserbeseitigung sind alte und unzureichende Systeme zu erneuern und Neubaugebiete rechtzeitig aufzuschließen.

Eines der vordringlichsten Probleme ist eine geordnete Müllbeseitigung. Die derzeitige Situation ist dem Gemeinderat allgemein bekannt. Es muß daher der Schaffung einer Mülldeponie mit ausreichendem Fassungsvermögen auf eigenem Gemeindegebiet der Vorrang eingeräumt werden, wobei die in Gang befindlichen Maßnahmen zur Reaktivierung der Müllablagerungsstätte in Hausleiten zu beschleunigen sind. Gerade auf diesem Gebiet ist jedoch in der Bevölkerung eine Bewußtseinsbildung zur Reduzierung des Mülls durch verstärkte Information anzustreben. Das Ziel liegt darin, einerseits die Müllmenge insgesamt zu reduzieren und bei der Bevölkerung die Bereitschaft zu erzeugen, bei der Ablagerung eine konkrete Trennung vorzunehmen, dies besonders im Hinblick auf die Wiederverwertbarkeit verschiedener Materialien.

Ich habe versucht, Ihnen in Kürze den Ihnen vorliegenden Entwurf des neuen Entwicklungskonzeptes darzulegen. Mit ihm soll, wie ich bereits eingangs meiner Ausführungen erwähnte, die im Jahre 1977 erfolgreich eingeleitete Entwicklung kontinuierlich fortgesetzt werden.

Ich lade alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ein, den Entwurf zu prüfen und an der endgültigen Fassung aktiv mitzuarbeiten. Ich werde dann die Fraktionsobmänner zu weiteren Gesprächen einladen, bei denen dann die Endredaktion des Entwicklungskonzeptes erfolgen soll. Ich bitte Sie und darf hier den Vorschlag unterbreiten, daß, falls schriftliche Vorschläge ausgearbeitet werden, diese an die Magistratsdirektion bis 10. Juni einzubringen.

Ich bin mir sicher, daß im Geiste der guten Zusammenarbeit im Steyrer Gemeinderat die gemeinsame Formel gefunden wird, so daß, wie vorgesehen, in der nächsten Sitzung des Gemeinderates im Juni 1984 die Beschlußfassung erfolgen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke unserem Bürgermeister für seinen Vortrag und ersuche Kollegen Fritsch um die Vorsitzführung, da ich namens der sozialistischen Fraktion auch ein paar Worte dazu sagen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Wippersberger das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Bürgermeister Schwarz hat Ihnen einleitend die Grundzüge eines neuen Entwicklungskonzeptes für unsere Stadt dargelegt. Er hat einvernehmlich und unter Mitarbeit der sozialistischen Gemeinderatsfraktion dieses Entwicklungskonzept erstellt, da das seinerzeit im Februar 1977 vom Gemeinderat beschlossene Konzept – seit damals sind mehr als 7 Jahre vergangen – in wesentlichen Teilen bereits überholt ist.

Dieses neue Entwicklungskonzept, das Ihnen nunmehr vorliegt, ist als Richtschnur

für unsere Arbeit in den nächsten 5 – 10 Jahren gedacht. Es ist durchaus kein starres Dogma, soll aber als Grundlage für unsere Tätigkeit dienen. Wir sind der Meinung, daß es den Gegenwartsproblemen angepaßt ist, dennoch aber fortschrittlich und richtungsweisend für die Zukunft ist. Wir sind der Auffassung, daß es im Interesse unserer Stadt, im Interesse unserer Bevölkerung möglich sein muß, hier im Gemeinderat zu einem einhelligen Beschluß zu kommen und laden alle anderen Fraktionen zur Mitarbeit gerne ein. Ihre Wünsche und Anregungen zu diesem Konzept sollen sachlich überprüft und sofern es sich nicht um grundsätzliche Auffassungsunterschiede handelt, berücksichtigt werden. Das ist nicht nur die Meinung unseres Bürgermeister, dazu bekennt sich auch die sozialistische Gemeinderatsfraktion. Sowohl Bürgermeister Schwarz als auch ich als Fraktionsführer der sozialistischen Fraktion sind jederzeit bereit, Gespräche mit den anderen Kollegen, mit den anderen Fraktionen in dieser Richtung zu führen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Erklärung und darf ihm den Vorsitz wieder zurückgeben. Gleichzeitig ersuche ich ihn, mir das Wort zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche gleichzeitig Herrn Bürgermeister Fritsch um seine Stellungnahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Sie werden und können von mir sicherlich nicht erwarten, eine umfassende Darstellung oder Gendarstellung zum vorgelegten Konzept zu bringen. Dies aus mehreren Gründen. Erstens einmal ist dieses Entwicklungskonzept relativ spät dem Gemeinderat offiziell bekanntgegeben worden. Es steht logischerweise, so fair bin ich, jeder Fraktion frei, über ihre Entscheidungen bzw. über ihre Konzepte auch der Presse entsprechende Mitteilung zu machen, bin aber doch der Auffassung, daß es vielleicht vonnöten ist, und wir haben uns ja in Gesprächen fraktionsweise dazu durchgerungen, hier im Gemeinderat ein Konzept für die Stadt Steyr zu erstellen, das von allen Fraktionen, von allen Fraktionsmeinungen getragen werden kann. Das Anbieten des Herrn Bürgermeisters einschließlich des Kollegen Wippersberger zur Zusammenarbeit und zu einer gemeinsamen Beschlußfindung nehmen wir sehr ernst und erklären uns auch voll mit verantwortlich unter dem Aspekt, daß unsere Vorstellungen auch eine entsprechende Berücksichtigung finden. Es soll ein Konzept des Gemeinderates der Stadt Steyr sein und weniger ein Konzept einer Fraktion, die – wie man aus einer Zeitung gelesen hat – die Weichen für die Zukunft in Steyr zu stellen beabsichtigt. Wenn ich nun in die einzelnen Materien und in die einzelnen Kapitel eingehe, meine Damen und Herren, dann ist es sicherlich so, daß der Beitrag relativ trocken sein kann, nicht vollinhaltlich, weil manche Dinge mit unseren Gedankengängen als ident erklärt werden. Ich werde also grundsätzlich und vorher festhalten, daß diese meine Meinungen, Änderungen oder Ergänzungen zum vorliegenden Konzept bedeuten.
Ich gehe über die allgemeinen Plätze, wenn ich es so bezeichnen darf, auf den einzelnen ersten Seiten weg, wende mich nun etwas den allgemeinen Zielen zu und hier muß ich sagen, daß das Entwicklungskonzept aus dem Jahre 1977 sicherlich als überholt zu betrachten ist. Hier muß ich sagen, daß auch die Berichterstattung über die letzten Jahre, so wie es uns dazumals von uns selbst auferlegt wurde, nicht durchgeführt wurde. Ein wesentlicher Faktor ist bei den allgemeinen Zielen aus der Sicht meiner Fraktion zu erkennen.
Erstens einmal sind hier in diesem Konzept, das ist richtiger- und aner kennenswertere Weise zu erwähnen, auch die Forderungen des Rechnungshofes entsprechend eingebaut worden. Nur eine Forderung erscheint mir im Konzept erhoben als unnötig hinsichtlich der

laufenden Überprüfung des Flächenwidmungsplanes und den daraus sich ergebenden Notwendigkeiten. Das ist sachlich an und für sich auf die Stadt Steyr bezogen richtig, aber nach den Raumordnungsgesetz-Bestimmungen sowieso gesetzlich gefordert, denn die Widmungspläne sind sowieso alle fünf Jahre rechtlich gesehen einer Überprüfung zu unterziehen. Aus der bisherigen Praxis hier herinnen haben wir ja dem ständig Rechnung getragen. Ich möchte auch festhalten und ich will auch positiv beurteilen, daß man nun darangeht, Erschließungsmaßnahmen im Bereich der Ver- und Entsorgung neuer Stadtgebiete vor Bezug der Objekte fertigzustellen. Wir haben ja ein Beispiel negativen Auswirkens aus früherer Zeit, ich brauche es nicht extra erwähnen, es ist uns allen bekannt. Es ist hier sicherlich dem Begriffe Entwicklungskonzept im Bezug auf die Stadtentwicklung vorsorglich Rechnung getragen worden, wobei ich allerdings auch festhalten möchte, daß, wenn man schon das historische Erbe des alten Stadtkernes zu bewahren gewillt ist, hier – ich bin überzeugt davon, daß das ergänzt werden kann in der taxativen Aufzählung, – auch alte Gebiete des Aichets bzw. des Ortskais entsprechend eingebaut werden müßten. Genauso ist im Punkt e) ein Passus enthalten, der beinhaltet, daß alle diese Aufgaben nur bei einer gesicherten Finanzlage plangemäß verwirklicht werden können. Meine Damen und Herren, da muß ich schon fragen, wo ist überhaupt der Plan, der plangemäß verwirklicht werden sollte? Es ist ja das von uns ständig geforderte mittelfristige Planungs- und Finanzierungskonzept, das man vielleicht jetzt willens ist, zu erstellen. Das heißt, eine Forderung, etwas plangemäß zu verwirklichen, ist ja nur dann als solche realisierbar, wenn ich einen Plan erstellt habe, der bis heute allerdings noch nicht gegeben erscheint. Ich bitte auch zu überlegen, unter demselben Unterabschnitt, eine Resolution, beschlossen im Städtebund und von Vertretern der Stadt Steyr, die unter anderem auch eine Beseitigung der Landesumlage beinhaltet. Ich würde hier aus gewissen Solidaritätsgründen mit anderen Gemeinden Oberösterreichs mit dieser Forderung etwas vorsichtiger sein. Weniger vorsichtig glaube ich war man mit dem Passus im Bezug auf die Transparenz von Maßnahmen im sogenannten landesinternen Finanzausgleich, wo gefordert wird, daß die Stadt die Überprüfungsöglichkeiten eingeräumt erhält, ob die auf sie entfallenden Mittel auch gewährt werden. Erstens ist es aus unserer Sicht eine Art von Vorwurf, daß im Bereich des Landes Oberösterreich, egal in welchem Referat oder Ressort, die Stadt Steyr das vorenthalten bekommt, was ihr zustünde, zweitens gibt es sowieso ein Landeskontrollamt, das ständig Bericht erstattet, also auch dafür zu sorgen hat, daß die zustehenden Bereiche oder Kommunen die ihnen gewährten Mittel erhalten. Ich glaube, daß dieser Passus sicherlich nicht vonnöten ist, denn der hat mit einem Entwicklungskonzept der Stadt Steyr nichts zu tun, höchstens damit, daß man eben gewisse Unstimmigkeiten in verschiedenen Bereichen der übergeordneten Dienststellen voraussetzt. Ich würde also bitten, sich darüber Gedanken zu machen, ob dieser Passus echt vonnöten wäre.

Für die Wirtschaftsstruktur sind nun verschiedene und relativ unterschiedliche Auffassungen zu vertreten und zu sehen. Die Forderungen in diesem Bereich erstrecken sich zum Beispiel auf zielführende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung im Raum Steyr. Ich würde da ein wenig vorsichtig sein, auch im Bezug auf die echten Auswirkungen der letzten Bundesregierungstagung, verzeihen Sie mir diesen etwas politischen Seitenhieb, hier handelt es sich um Regierungspropaganda, die wir in einem Entwicklungskonzept sicher nicht nötig haben.

Es ist auch weiters hingewiesen, daß wir Exportmöglichkeiten für alle Steyrer Erzeugungsfirmen zu verbessern gewillt sind. Meine Damen und Herren, welche Möglichkeiten Exporte zu fördern haben wir als Stadt, haben wir als Gemeinde? Ich glaube, in erster Linie ist es Aufgabe der gesetzlichen Interessensvertretungen, ich glaube, in erster Linie ist es Aufgabe auch in den Bereichen der Außenstellen der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft. Wir als Stadt können zwar erklären bei verschiedenen Veranstaltungen oder Reisen, daß diese oder jene Produkte in unserer Stadt erzeugt werden, aber die Exportmöglichkeiten zu steigern, glaube ich, sind wir offiziell nicht in der Lage. Eine Garantieerklärung über den Bestand der Ennskraftwerke zu fordern, ist zwar sehr

opportun. Ich würde es umfunktionieren und sagen, zumindestens sicherzustellen, nur eines, die Frage, wer garantiert oder wer stellt sicher. Wir als Stadt sicherlich nicht.

Ich weise aber noch auf etwas hin und da bin ich froh darüber, daß man heute eben auch für Betriebsansiedlungen der außereisenverarbeitenden Industrie entsprechende Gründe und Flächen zur Verfügung stellt. Vielleicht aber nur ein Hinweis darauf zur praktikablen Handhabung dessen. Es ist sicherlich vonnöten, daß wir auch als Stadt einen Katalog der möglichen Gewerbe, die sich ansiedeln könnten in diesen von uns zur Verfügung gestellten Arealen, erstellen. Warum? Weil wir ja aufgrund von Lärmschutzmaßnahmen, weil wir aufgrund von Wohnflächen – wir sind ja in Steyr gesegnet, wo wir ein Stück Wohn- und Industriegegend und dann wieder ein Stück Wohngegend haben – von Haus aus lärmerezeugende oder stark emissionsgefährdete Betriebe, die ansiedlungswillig wären, in den Bereichen, die wir zur Verfügung stellen können, gar nicht unterbringen werden können. Das heißt also, eine Erstellung der möglichen Gewerbeansiedlungen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wäre in einem Katalog sicherlich vertretenswert.

Hier komme ich nun zu einem Punkt, mit dem wir seitens der Österreichischen Volkspartei uns derzeit nicht zur Gänze einverstanden erklären können, und zwar betrifft er die Gewerbeförderung. Wenn es heißt im Absatz f) der wirtschaftsstrukturellen Maßnahmen, daß die Kleingewerbeförderungsaktion in bisheriger Form beibehalten werden sollte, dann muß man sagen, dann haben Sie, meine Damen und Herren der Sozialistischen Fraktion, den Begriff Entwicklungskonzept in diesem Passus nicht angewandt. Die Kleingewerbeförderungsaktion wäre vor längerer Zeit schon auch hier herinnen von Vertretern der Sozialistischen Fraktion einer gewissen Revidierung anklingend zu unterziehen gewesen. Ich würde also bitten, auch hier die Förderungen dieser Art etwas zu verbessern. Das ist aber nicht der wesentlichste Punkt unserer Kritik, sondern es dreht sich in erster Linie darum, um die direkte Gewerbeförderung, die nun so geplant ist aufgrund Ihres uns vorgelegten Konzeptes, Darlehen zu gewähren, unverzinsliche Darlehen. Das hört sich am Anfang sehr gut an. Es gibt allerdings dazu folgende Überlegungen. Die Zahlen, die für die Gewerbeförderung dieser Art im Budget vorhanden sind, kennen Sie alle, es sind dies derzeit, auf das laufende Rechnungsjahr bezogen, 500.000 Schilling. Die Frage ist zu klären, wieviele Betriebe – ich brauche gar nicht zu fragen welche – kann ich mit der direkten Darlehensgewährung in einer Höhe von 500.000 Schilling echt fördern, welche und wieviele Mittel sind im Budget des nächsten oder des übernächsten Jahres vorgesehen? Es ist dies eine rhetorische Frage, das können wir heute gar nicht miteinander beantworten. Es ist mit dieser Summe, und von der realen Summe derzeit vorhanden gehe ich aus, sicherlich keine große gezielte Förderung zu erwarten. Wir, meine Damen und Herren, seitens der Österreichischen Volkspartei, schlagen Ihnen eine andere Regelung vor. Wir schlagen Ihnen eine Regelung vor, die sich im Bereich der Gewährung von Zinsenzuschüssen für aufgenommene Darlehen seitens unserer Industrie- bzw. unserer Gewerbeinhaber bewegt. Warum? Es ist so, daß Darlehen, die wir als Stadt aufnehmen, verzinst werden müssen, es ist sicherlich genau das gleiche, daß der Darlehensnehmer bei den Geldinstituten seine Zinsen dafür abzuleisten hat. Aber es könnte heißen, daß wir als Stadt der Bank die Zinsen geben, wir geben sie ihr, nebenbei bemerkt, auch auf eine andere Art und Weise, nur unter einem anderen Titel, wenn wir die Gelder aufnehmen, die wir dann als Gewerbeförderungsmaßnahmen ausgeben. Nur eines muß man dabei bedenken, hier spreche ich zum Beispiel auch im Interesse der Arbeitnehmer in unserem Bereich und in unserer Stadt, der es nicht ganz verstehen würde, wenn jemand Darlehen unverzinslich beanspruchen kann, er aber für seine privaten oder aber auch für seine beruflichen Interessen gezwungen ist, Darlehen aufzunehmen. Er muß ja auch dafür Zinsen bezahlen, der andere muß es aber nicht. Ich glaube, im Sinne eines gerechteren Ausgleiches ist es sicher besser, mit Zinsenzuschüssen zu operieren als mit direkten Darlehen. Und noch konkret etwas dazu. Mit den Summen, die ich vorhin genannt habe, ist sicherlich mehr Förderung an mehr

Betriebe jährlich zu gewähren in Form von Zinsenzuschüssen, als durch direkte Darlehen unverzinst, wenn auch logischerweise rückzahlbar. Wir würden also eindringlich darum ersuchen, die Gewerbeförderung auf der Basis Zinsenzuschüsse zu überarbeiten, noch dazu, wo wir nicht alleine stehen damit, sondern diese Art von Gewerbeförderung schon jahrelang in Oberösterreich praktiziert wird. Ich würde empfehlen, sich unter anderem die diesbezüglichen Richtlinien der Stadt Gmunden einzusehen. Sie werden daraufkommen, daß Gmunden mit dieser Art der Förderung wesentlich günstiger fährt. Wir wollen nicht das finanzielle Interesse der Stadt in erster Linie sehen, sondern wir wollen die echte Förderung und die weitgestreute Förderung unserer Gewerbebetriebe durch die Gewährung von Zinsenzuschüssen erkennen.

Ein kleiner anmerkender Satz sei mir auch zu diesem Kapitel noch gestattet, wo im Absatz k) beinhaltet steht, so sollte z. B. darauf Einfluß genommen werden, daß am Stadtplatz keine weiteren Bankinstitute etabliert werden. Das ist ein sehr schöner Satz, wir alle miteinander wissen und das ist nicht nur in Steyr so, das ist nicht ein Einwand des Kollegen Holub, weil er in einem Geldinstitut tätig ist, sondern das ist generell zu überlegen. Wir alle wissen, daß in allen städtischen Bereichen, ganz egal wo, die Geldinstitute letztlich mehr und mehr, ich will fast sagen überhand nehmen. Nur eines, wir wollen in Steyr sicherlich eine entsprechende Belegung der Innenstadt erreichen, wir wollen erreichen, daß es ein Geschäfts-, aber auch ein Wohnleben hier in Steyr gibt. Nur eines können wir alle miteinander nicht und das Beispiel jüngster Vergangenheit zeigt es uns ja. Wenn von privat zu privat ein Haus verkauft wird, habe ich als Stadt nicht die Möglichkeit, darauf Einfluß zu nehmen, was sich dort etabliert. Es sei denn, es verstößt gegen irgendwelche gewerbliche oder andere Vorschriften. Das in einem Entwicklungskonzept, meine Damen und Herren, ist ein Wunschgedanke, der, wenn uns jemand darauf anreden würde, ob man ihn realisieren kann, eben mangels der Fähigkeiten von Haus aus als nicht gegeben erscheint. Das heißt also, ich bin weder ein Vertreter der Banken oder sonstiger Institute, aber ich bin einer, der ab und zu etwas logisch und gleichzeitig aber auch im Bereich der uns gegebenen Möglichkeiten zu denken bereit ist.

Wenn nun Kollege Schwarz von der Erstellung eines realistischen Fremdenverkehrskonzeptes gesprochen hat, so begrüße ich das. Ich begrüße es sogar aus zweierlei Hinsicht. Weil man ja ursprünglich den Fremdenverkehr aus dem Mutterschoß der Gemeinde herausgelöst hat, aus verschiedenen Gründen, die ich schon einmal angezogen und erwähnt habe, jetzt man aber auch seitens der Stadt an einem gesteigerten Fremdenverkehr interessiert ist. Ich begrüße alle unterstützenden Maßnahmen seitens der Stadt, nicht nur jene, die sich in finanziellen Zuschüssen und Subventionen bewegen, sondern auch in jenen Bereichen, in denen z. B. kulturelle Angebote usw. erstellt sind. Es freut mich auch, daß das Marketing-Konzept einiger Steyrer Gastronomen bzw. Hoteliers im Entwicklungskonzept Eingang gefunden hat. Es ist aber sicherlich dann die Frage zu stellen, wie weit man gewillt ist, außer verbaler Hilfe auch in anderer Form dieses Konzept zu realisieren. Nur können in meinen Augen es nicht Aufgaben des Fremdenverkehrs sein, Blumenschmuckwettbewerbe usw. zu fördern. Das, glaube ich, ist in erster Linie Sache der Stadt. Genau so wie es zwar ein Wunschgedanke und eine echte Forderung an der Ausweitung und Steigerung des Fremdenverkehrs ist, die Offenhaltung von Gaststätten und Betrieben einschlägiger Art innerhalb der Stadt an Sonntagen zu realisieren, nur können wir nicht darauf einwirken, es ist dies Sache der zuständigen Interessensvertretungen und der einzelnen Gastronomen. Notwendig wäre es, allerdings kennen wir auch ihre Möglichkeiten.

Seitens des Kapitels Wohnen muß ich sagen, ist meine Fraktion bereit und gewillt, in diesem Bereich Dargestelltes gutzuheißen. Gutzuheißen auch deswegen, weil der Bau und die Bildung von Eigentumswohnungen nun zumindestens in Konzepten vorhanden sind und wir auf die Realisierung auch drängen, wobei sicherlich der Hinweis auf andere Wohnbauträger in diesem Bereich etwas einschränkend wirkt.

Das Wesentliche ist, meine Damen und Herren, darüber haben wir uns schon lange genug unterhalten und das ist von uns zu begrüßen, daß von der ursprünglichen Belastung der Mieter ausgegangen wird und aufgrund dieser Belastungsmöglichkeit der Mieter dann endlich auch der Plan für die dafür geeigneten Wohnungen erstellt werden kann. Ich bin auch einverstanden mit der Formulierung und mit der Forderung, daß bei Fassadenaktionen es nicht nur Potemkinsche Dörfer darstellen soll, sondern daß nicht nur Fassaden, sondern die gesamten Gebäude und Baulichkeiten einer Revitalisierung unterzogen werden können. Ich bin aber auch überzeugt und Sie, glaube ich, genau so wie ich, daß in allen Fällen diese Forderung nicht genau und exakt eingehalten werden wird können. Zum Bildungswesen nur ein paar Hinweise. Vielleicht ist eines im Raum, das ausgeräumt gehört bzw. aufgeklärt. Wenn man im Entwicklungskonzept von allfälligen neuen Schultypen spricht im Bereich der Pflichtschulen, so ist die neue Hauptschule, von der überall gesprochen wird, keine neue Schultype. Es ist nur eine Abänderung, aber diese Abänderung bedeutet logischerweise für den Schulerhalter, in dem Fall also für unsere Stadt, die Vornahme von bestimmten baulichen Maßnahmen, weil durch diese Form der Unterrichtserteilung man mit den in der betreffenden Schule vorhandenen Räumlichkeiten wird sicherlich nicht das Auslangen finden können. Ich warne aber davor, so es überlegt werden sollte in irgendwelchen Kämmerlein, eine Änderung der Schulsprengel herbeizuführen, um Schülertransporte durchzuführen. Das würde der Neuform oder Neuformierung der Hauptschule im Bezug auf den erzielten Unterrichtsertrag, in dem Fall kann ich es offen sagen, nicht unbedingt dienlich sein. Ich weiß zwar, daß in einem Bereich Räume leerstehen, die einer Nutzung unterzogen werden könnten, daß aber auch gleichzeitig die Trennung aus dem üblichen Verband, noch dazu, wo es sehr schwierig sein wird im Bezug auf Leistungsgruppen das herbeizuführen, eine Unterrichtsertrag-Minderleistung erbringen würde. Es werden sicherlich entsprechende Beratungen in anderen Bereichen notwendig sein.

Eines noch. Aus dem Entwicklungskonzept ist sicherlich als bereits fast überholt zu betrachten die Bildung der zentralen Volkshochschule, sprich Stelzhamerstraße, aufgrund der Kaufwilligkeit einer Firma. Es wird sicherlich auch die Möglichkeit gefunden werden, in anderen Bereichen eine entsprechende Änderung herbeizuführen. Nur eines hat mir nicht gefallen, vielleicht pflichtet mir der Herr Magistratsdirektor diesbezüglich nicht bei, der Ausdruck Quasi-Volkshochschule ist, glaube ich, als etwas überspitzt zu bezeichnen. Ich würde ersuchen, eine andere Formulierung zu finden. Quasi heißt auf Deutsch Gleichsam-Volkshochschule und das finde ich etwas problematisch und ich könnte mir eine andere Textierung vorstellen. Quasi - modo lasse ich weg, damit wir nicht über Modalitäten reden.

Zur Jugendförderung ist im großen und ganzen auch unser Vorschlag in der gleichen Richtung laufend. Ich würde auch bitten, die Organisationen und Vereine, die sich im besonderen Maß der Jugendbetreuung widmen, im verstärkten Maß zu fördern, auch auf andere als auf ein Jugendzentrum auszudehnen.

Zu den kulturellen Aktivitäten ist sicherlich von uns alles gutzuheißen, vielleicht aber doch eines. Glauben Sie nicht, daß es vielleicht etwas überspitzt erscheint, in einem Entwicklungskonzept der Stadt ein Stadtfest fast gesetzlich zu verankern? Ich glaube, das ist ja im Laufe der Entwicklung unserer Stadt und der Entwicklung der Geselligkeit unserer Bürger etwas, was sich niemand getraut, jemals abzuschaffen. Aber das hat mit einem Entwicklungskonzept, damit sich die Stadt noch mehr entwickeln sollte, nichts zu tun.

Ich bin auch für die Fortsetzung der Pflege der Städtefreundschaften, betone aber ausdrücklich, daß man sich vielleicht aus der Euphorie der letzten Tage über den Amerikanerbesuch losgelöst nicht wird davon trennen können, entsprechende Partnerschaften und entsprechende Partnerstädte im nahen europäischen Bereich zu suchen. Weil - das betone ich nochmals - die Kommunikation von Bürgern dieser aber auch der anderen Stadt eine viel häufigere und eine viel zahlreichere sein kann, als mit der Partnerstadt Kettering. Ich verweise insbesondere auf den süddeutschen Raum, ich verweise ins-

besonders auch auf die Stadt Regensburg, mit der uns schon seit Jahren entsprechende Kontakte verbinden, daß aber auch gleichzeitig die Kontakte, wenn auch langsam, aber doch, mit dieser Stadt vertieft werden könnten. Dorthin handelt es sich um eine Fahrzeit von 3 Stunden. Ich habe auch beim letzten Gespräch in Regensburg mit Oberbürgermeister Viehbacher diesbezüglich ein sehr offenes Ohr gefunden.

Zur Sportförderung, meine Damen und Herren, ist sicherlich etwas zu sagen. Sport ist heute aus dem menschlichen, auch aus dem städtischen Leben, nicht mehr wegzudenken. Die Differenzierung nach verschiedensten Sportarten verlangt logischerweise auch nach dem Angebot entsprechende Nachfragen und entsprechende Ergänzungen. Heute wird uns ein Beschluß vorgelegt, ein Antrag vorgelegt werden, betreffend den Ausbau der Sportstätte Rennbahn. Diese Sportstätte ist im Sportleitplan beinhaltet, den wir früher schon alle miteinander auf verschiedenen Ebenen gutgeheißen haben. Daher wird man nach dem Motto, wer A sagt, wird auch B sagen, diesen Bau sicher beginnen. Nur stellt sich eine Frage und das sage ich sehr offen, ich will nicht sagen als Ketzer, sondern als einer, der sich das zu sagen getraut. Können wir uns in Steyr in der derzeitigen Finanzsituation eigentlich wirklich diesen Bau leisten? Das ist ein Bau, der aufgrund der letzten Gespräche und Informationen, sie mögen nicht vollständig sein, alles in allem an die 50 wenn nicht mehr Millionen verschlingen wird. Hier ist die Frage zu stellen, wir haben im Sportstättenplan unsere Meinung und unsere Forderung dazu kundgetan und ich sage gleich, wir stehen dazu. Es ist nur schwierig, dem Steyrer Bürger, der nicht sportinteressiert ist – solche soll es ja auch geben – es weiszumachen und klarzumachen, daß diese finanzielle Ausgabe vönnöten ist, wenn andere Dinge heranstehen, die einer Erledigung harren, aber mangels Geld nicht durchgeführt werden können. Ich betone nochmals, daß es im Laufe der Zeit zu dieser Ausgabe kommen wird, daß es aber einer entsprechenden Information unserer Bürger über die Notwendigkeit in diesem Bereich bedarf. Ich möchte auch festhalten, daß wir uns freuen seitens der Fraktion der ÖVP, daß Sie in Ihrem Konzept Robinson-Fußballfelder beinhaltet haben, wir haben zwar Robinson-Spielplätze gefordert. Da ein Fußballplatz sicher auch ein Spielplatz ist, so bin ich damit einverstanden.

Eine gewisse Erklärung habe ich auch noch abzugeben zum Verkehr. Es freut uns, daß wir nun ein generelles Verkehrskonzept als VP-Fraktionsforderung, wenn auch etwas versteckt, in diesem Entwicklungskonzept finden. Es beweist uns aber, daß wir dazumals schon, als die beiden neuen Brücken eröffnet wurden, und wir nach einem generellen Verkehrskonzept die Forderung aufstellten, richtig lagen, denn heute haben wir die Möglichkeit, es tatsächlich auch mit Einbindung in den übergeordneten und außer der Stadt liegenden Straßenbereich zu tun. Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, um sich über die Nordspange und über die Notwendigkeit zu unterhalten, wir identifizieren uns damit voll.

Was wir allerdings noch wissen wollen ist keine Forderung an eine Abänderung des Konzeptes, sondern nur an eine Aufklärung, wo Sie Wohnstraßen zur Verkehrsberuhigung einführen können, so Sie Wohnstraßen wirklich mit dieser Formulierung meinen. Ich bin allerdings auch überzeugt davon, daß der Bereich Resthof durch eine neue Verkehrsregelung sicherlich nicht als Wohnstraße, aber zumindest als beruhigte Wohngegend, gelten kann.

Zur Versorgung und Entsorgung mit Energie bzw. Wasser unserer Stadt würde ich die Forderung betreffend die zukünftige Wasserversorgung – ich zitiere es wörtlich – aus dem Speicher des Kraftwerkprojektes Reichraming-Hintergebirge zu deklarieren, etwas abändern. Warum? Sie alle miteinander kennen die Entwicklung auf diesem Projektgebiet. Sie alle miteinander wissen, welche Einflüsse auch von Seiten der Bundesregierung durch Vizekanzler Dr. Steger dazu gemacht werden. Eines steht fest und dazu stehe ich persönlich, denn ich habe diese Forderung auch hier erhoben und auch meine Fraktion, sollte das Kraftwerk Reichraming-Hintergebirge gebaut werden, ist sicherlich der Wunsch und die Forderung der Stadt nach einer Trinkwasserversorgung gegeben. Ich möchte aber nicht haben, daß die Forderung nach Trinkwasserversorgung als unabdingbares Junktim mit der Errichtung dieses Kraftwerkes in Zusammenhang steht. Ich

würde also vorschlagen, diesen Passus dahingehend noch zu ergänzen, anschließend an das Wort "!" zu deklarieren - was jedoch keine unabdingbare Forderung der Stadt nach Erbauung dieses Kraftwerkes bedeutet. Nicht aus politisch opportunen Gründen, denn da gehen die Meinungen, Kollege Zagler, kreuz und quer durch die Parteien. Da habt Ihr genau solche Meinungsunterschiede, wie wir.

ZWISCHENRUF DKFM. HELMUT ZAGLER:

Unverständlicher Zwischenruf!

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Jede Partei wird normalerweise durch eine Person vertreten. Ich danke für diese Interpretation, vielleicht kann mir Kollege Zagler das an seiner Person vorzeigen, wie das gemeint war.

Aber Spaß beiseite, es hat keinen Sinn, hier von Seiten der Stadt eine Forderung, auch wenn diese als deklarieren bezeichnet ist, aufzustellen. Noch dazu dann, wenn man weiß, wie die Dinge derzeit um dieses Kraftwerk stehen.

Über die städt. Abwasserbeseitigung brauchen wir uns nicht mehr länger auseinandersetzen, denn die Allgemeinfloskeln in diesem Bereich sprechen Bände. Wir alle miteinander wissen, daß wir es machen werden müssen.

Für die Müllbeseitigung ist natürlich die Frage unserer Müll-Lagerungsstätte gegeben. Das wissen wir, daß sie gelöst werden wird, daß sie finanziell aufwendig ist. Nur die Frage, wie lange unsere derzeitige noch nicht aber bald in Betrieb befindliche Müllab-lagerung überhaupt wird genutzt werden können, diese Frage müßte beantwortet werden. Ich glaube, in einem realistischen Entwicklungskonzept ist sicherlich jetzt auch schon der Gedanke über eine weitere Lagerungsstätte in unserem Bereich aufzunehmen und ernsthaft der Klärung zu unterziehen. Nicht, daß es uns dann später, wenn die Schafweidmühle, verzeihen Sie mir den Ausdruck, voll ist, wir erst suchen gehen müssen. Wie es aussieht, das wissen andere Bereiche, andere Gemeinden, andere Verbände zur Genüge, ich brauche mir nur die Gegend im Kirchdorfer Bezirk und die dortigen Schwierigkeiten vergegenwärtigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bin sehr froh, wenn wir für 25 Jahre etwas finden.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren, es war sicherlich nicht meine Aufgabe und ich muß auch sagen nicht unser Wille, hier Weihrauch zu verstreuen, aber wir gehen von der Sicht eines gemeinsam zu beschließenden Entwicklungskonzeptes aus, wir versuchten, dort und da unsere Meinungen oder Ergänzungen einfließen zu lassen, denn an diesem Entwicklungskonzept haben nicht nur alle Fraktionen in diesem Gemeinderat, da haben auch sehr viele Beamte mitgearbeitet. Wir versuchen, diese gemeinsame Arbeit auch durch einen gemeinsamen Beschluß zu realisieren. Ich betone aber, daß die Gemeinsamkeit des Beschlusses sicherlich abhängig sein wird, wie weit Forderungen unserer Fraktion Berücksichtigung oder zumindestens Anklang finden werden. Hier möchte ich festhalten, daß ein hier vorgelegtes Konzept für Steyr im Interesse der Steyrer, im Interesse der Entwicklung dieser unserer Stadt und auch im Interesse aller Parteien liegen muß. Und wenn diese Allinteresse-Meinung auch bei Ihnen, meine Damen und Herren, so wie versprochen, seitens der Sozialistischen Fraktion zum Durchbruch kommt, bin ich mir dessen sicher, daß wir ohne große Wahlprogramme für das Jahr 1985 eine Beschlußfassung herbeiführen können, die letztlich allen und nicht einem dient.

Ich glaube, das soll der Grund- und Leitgedanke unserer Handlung sein.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Fritsch für seine Wortmeldung. Als nächster Redner ist Kollege Eichhübl an der Reihe.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Namens der Freiheitlichen GR-Fraktion darf ich eingangs meiner Ausführungen feststellen, daß nicht nur ein sehr umfangreicher Entwurf für ein neues Entwicklungskonzept vorliegt, sondern im gesamten gesehen auch ein sehr positiver.

Dies sage ich sicherlich nicht nur deshalb, weil dieses vorliegende Entwicklungskonzept oder genauer gesagt der Entwurf für die Stadt Steyr viele Vorstellungen, aber auch einige jahrelange Forderungen von uns Freiheitlichen zum Inhalt hat, sondern weil dieses Konzept alle Bereiche unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation anspricht. Erlauben Sie mir trotzdem, oder gerade deswegen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich etwas näher auf dieses Konzept eingehe, und einige Anmerkungen und Ergänzungen mache sowie Anregungen zur weiteren Verbesserung dieses Entwicklungskonzeptes aus unserer Sicht vorbringe.

Selbstverständlich muß unterstrichen werden, daß das Ziel dieser Neufassung es nur sein kann, Grundsätze zu formulieren, weil das sich daraus ergebende Arbeitsprogramm ja nicht nur von den jeweiligen Budgetverhandlungen und den Investitionsprogrammen abzuleiten ist, sondern die Entscheidungen des Gemeinderates sowie die Entscheidungen des Bundes, der Interessenvertretungen und selbstverständlich auch des Landes berücksichtigt werden und diesen überlassen bleiben müssen.

Nachdem die Zielsetzungen dieses Entwicklungskonzeptes zum Teil weit über den Bereich der Stadt Steyr hinausgehen, ist es zweifellos notwendig, für die Zukunft eine gemeinsame Plattform zu schaffen, damit die notwendigen Absprachen zwischen Steyr und den Umlandgemeinden und die sich daraus ergebende Zusammenarbeit realisiert werden können. Unter der Überschrift "Allgemeine Ziele" ist erfreulich festzustellen, daß man einen besonderen Schwerpunkt in der Entwicklungsplanung setzt, nämlich die Revitalisierung alter Stadtteile, also nicht eingeschränkt auf den Stadtkern, sondern auch die Stadtteile Enns- und Steyrdorf, und was uns besonders wichtig erscheint, den Wehrgraben miteinbezieht. Selbstverständlich nehmen wir an und setzen dies voraus, daß der Stadtteil Wehrgraben unter Berücksichtigung der Offenhaltung des Gerinnes revitalisiert und erneuert werden soll.

Was die Beseitigung der Landesumlage betrifft, muß festgestellt werden, daß dies wohl nur im Zuge eines neuen Finanzausgleichsgesetzes wünschenswert sein kann, damit die Stadt nicht verstärkt in die Rolle einer Bittstellerin gedrängt wird.

Begrüßt wird seitens der FP-Fraktion, daß bei der geplanten Änderung der Vergabeordnung die heimische Wirtschaft besonders berücksichtigt werden soll und daß man nicht nur metallverarbeitenden Betrieben seitens der Stadt Unterstützung für eine Ausdehnung, wir meinen aber auch für eine Neuansiedlung, zukommen lassen soll, um eine breiter gefächerte Wirtschaftsstruktur zu erreichen.

Den geplanten Bemühungen der Stadt, bei der Erstellung eines realistischen Fremdenverkehrskonzeptes mitzuwirken, kann gar nicht genug Bedeutung zugemessen werden, zumal die nicht gerade günstige Situation in diesem Bereich, nach Berichten einiger Hoteliers, gerade erst vor kurzem in diesem Gremium zu Diskussionen geführt hat.

Besonders wichtig erscheint uns daher, die Werbung für die Stadt als Tagungsort und Steyr als "Christkindlstadt" in wesentlich stärkerem Ausmaß zu betreiben.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, einen Vorschlag zu machen. "Christkindl" ist zwar vielen Österreichern und Ausländern bekannt, aber nur wenige Menschen außerhalb Oberösterreichs wissen, daß Christkindl bzw. dieser Stadtteil teils zu Garsten und teils zu Steyr gehört. Es wäre daher notwendig, nicht nur in Prospekten darauf hinzuweisen, sondern – und jetzt komme ich auf unseren Vorschlag – eine Sonderpostmarke mit dem Aufdruck Christkindl-Steyr anfertigen zu lassen.

Das wäre sicherlich ein Beitrag zur Bekanntmachung nicht nur von Christkindl, sondern auch unserer Stadt Steyr.

Unter dem Kapitel Wohnen möchte ich einen Punkt, den dieses Entwicklungskonzept beinhaltet, herausstreichen, nämlich die Erstellung eines Wohnbauplanes, mit der Absicht, die Wohnbauplanung von den zuständigen Ausschüssen überprüfen zu lassen. Von besonderer Bedeutung sind und werden dabei die Wohnungsgrößen und die Wohnungsbelastung sein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Wohnanlage Ortskai.

Im Bereiche des Bildungswesens erscheint uns die Forderung nach dem endgültigen Ausbau der HTL von den zuständigen Stellen des Bundes sowie die Einrichtung eines Volkshausbildungshauses von besonderer Wichtigkeit zu sein.

Die Überprüfung der Einrichtung von Kinderkrippen sollte man bei der Überprüfung belassen, denn da trennen uns große Auffassungsunterschiede, auf die ich jetzt gar nicht näher eingehen möchte.

Was die Jugendförderung betrifft, ist generell gesehen die Einrichtung eines Jugendbeirates als positiv zu bewerten. Verstärktes Augenmerk sollte man aber auf offene Sportstätten richten.

Für arbeitslose Jugendliche kann sicher nicht genug getan werden. Man müßte neben der Einrichtung eines speziellen Beratungsdienstes am Arbeitsamt, bei der Bedarfserhebung für Betätigungsmöglichkeiten miteinbeziehen, für arbeitslose Jugendliche die Möglichkeit zu schaffen, sich in der Umweltpflege zu betätigen. Dieses Betätigungsfeld endet ja nicht mit der direkten Erhaltung und Pflege unserer lebensnotwendigen Grünlandschaft, sondern geht ja, wenn man die Vorsorgemaßnahmen beachtet, über deren Bedeutung sich ja inzwischen alle einige sind, weit in den technischen Bereich hinein. Bei den kulturellen Aktivitäten muß neben allen anderen positiven Punkten das geplante "Museum Arbeitswelt" besonders hervorgehoben werden, dessen Installierung ja im Stadtteil Wehrgraben erfolgen soll.

Den Punkt 10 möchten wir mit einem konkreten Vorschlag ergänzen, nämlich was die Aktivitäten im inneren Stadtteil betrifft, an Samstagen Jugendkapellen oder eben modernen Musikgruppen und an Sonntagen Blasmusikkapellen die Möglichkeit zu bieten, aufzutreten.

Die Sportförderung – das hat Kollege Fritsch auch erwähnt – findet in sehr hohem Ausmaß entsprechend der finanziellen Situation der Stadt ihren Niederschlag und der Gemeinderat wird sich ja heute mit einem Antrag, betreffend die Errichtung einer Leichtathletikanlage, befassen. Für die Anlage von Robinson-Spielfeldern für die heranwachsende Jugend würde die Unterhimmler Au nach unserer Auffassung geeignet sein.

Unter dem Titel Soziale Sicherheit und Seniorenbetreuung können wir neben allen anderen positiven Einrichtungen und Leistungen der Stadt, die zum Teil bereits bestehen oder aber neu in dieses Konzept aufgenommen wurden, feststellen, daß auch die Aktion "Essen auf Rädern" weitergeführt wird. Dies deshalb, weil dies ja ein FP-Antrag bzw. eine langjährige Forderung von uns war.

Ja, Kollege Holub, das ist nachzulesen im Protokoll. Ich kann zwar jetzt nicht auswendig sagen, welches Datum dieses Protokoll aufweist, aber ich weise mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß Kollege Fuchs damals erstmalig diesen Vorschlag hier zum Ausdruck gebracht hat – selbstverständlich, Kollege Holub, mit Deiner Unterstützung!

Ein Anliegen, das wir bereits mehrmals bei Budgetverhandlungen gestellt haben, darf ich heute namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion wiederholen, nämlich den alten und gebrechlichen Menschen unserer Stadt die Reinigung der Gehsteige im Winter abzunehmen.

Auch die Vorstellungen entsprechend dieses Konzeptes über die Erhaltung des Naturraumes finden unsere Zustimmung.

Die Frage oder das Problem der Lärmbelästigung wurde ja von uns bereits vor Jahren aktualisiert, als wir nämlich die Erstellung einer Lärmkarte verlangten.

Der Gemeinderat wird sich ja bereits heute beim nächsten Tagesordnungspunkt mit der Einrichtung eines Umweltschutzausschusses befassen. Ich darf vorwegnehmen, daß dies sicher eine komplizierte Konstruktion werden wird, wobei wir eher den Schwerpunkt auf den Umweltschutzbeirat legen, da ja die Erfahrung zeigt, daß stets politische Zusammensetzungen nach Mandatsstärke einseitige Ergebnisse bringen.

Bei jenem Teil des Konzeptes, der sich mit dem Verkehr befaßt, ist zweifellos neben allen anderen wichtigen Bereichen die Forderung nach einem leistungsfähigen Anschluß an die Westautobahn und damit an den OÖ. Zentralraum vordringlich.

Wir erlauben uns, den innerstädtischen Verkehr betreffend – ich meine damit den Autobusverkehr – den Vorschlag zu machen, nachdem sich die technischen Voraussetzungen geändert haben, was den City-Bus von Steyr betrifft, und unserer Auffassung nach durch das Interesse großer Bevölkerungsteile der Bedarf vorhanden ist, einen City-Bus einzusetzen.

Ebenso dürfen wir erfreut darauf hinweisen, daß das sogenannte Radwegekonzept, das wir immer wieder zur Sprache gebracht und gefordert haben, nach diesem vorliegenden Entwicklungskonzept verwirklicht werden soll.

Dieses Kapitel abschließend und als Ergänzung zu betrachten, möchte ich noch einen Satz hinzufügen. Mehr Sicherheit im Resthof nicht nur durch Geschwindigkeitsbeschränkungen, sondern im Rahmen eines generellen Verkehrskonzeptes für dieses Wohngebiet mit verkehrsberuhigenden Zonen zu schaffen.

Was den Teil des Konzeptes betrifft, der sich mit Versorgung und Entsorgung befaßt, möchte ich auf den Absatz 2 hinweisen, der ein besonderes Interesse der Stadt an einer zukünftigen Wasserversorgung aus dem Speicher des geplanten Kraftwerkes Reichraming-Hintergebirge zum Ausdruck bringt. Dieses Interesse wird kaum realisierbar sein, da nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge die Wirtschaftlichkeit des Speicherkraftwerksprojektes nicht gegeben erscheint und inzwischen bereits entsprechende Aussagen von kompetenteren Stellen vorliegen, daß dieses Projekt nicht verwirklicht werden wird.

Zur Müllbeseitigung jedoch muß aus unserer Sicht gesagt werden, daß eine gemeinsame Plattform mit allen Gemeinden gefunden werden müßte, z. B. der Bürgermeisterkonferenz, damit das Müllproblem im Raum Steyr endlich beseitigt werden kann. Die Müllmenge wird eher größer, weil der Hausbrand speziell in den neuen Wohnsiedlungen kaum noch vorhanden ist.

Wir haben uns ja schon immer seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion für eine bürgernahe Verwaltung eingesetzt und können daher diese neuen zusätzlichen Verbesserungmaßnahmen nur gutheißen.

Nachdem man auch uns, der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, die Mitarbeit angeboten hat, darf ich abschließend Sie, Herr Bürgermeister Schwarz und Sie, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathausmehrheitsfraktion, ersuchen, die Anregungen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, die wir noch schriftlich einbringen werden, in dieses Entwicklungskonzept miteinzubeziehen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag und bitte als nächsten Redner Kollegen Tremel.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie schon aus meinen Vorrednern laut wurde, haben sich die Fraktionsführer bereits mit dem vorliegenden Entwicklungskonzept beschäftigt, sonst wäre es nicht möglich, daß heute schon so konkrete Vorschläge, vorbereitete Vorschläge, vorgebracht werden. Die KPÖ-Fraktion begrüßt die Neufassung eines Entwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr und unsere Region. In diesem Entwicklungskonzept müssen die Schwerpunkte vor allem im Interesse der Mehrheit unserer Bevölkerung, der Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und der Jugend, deutlich und konkret zum Ausdruck kommen. Die Voraussetzung für die geplanten Vorhaben und die Initiativen ist jedoch die Verbesserung der Finanzsituation der Stadt.

Es ist allgemein bekannt, daß sich der Bund einen immer größeren Teil aller Steuereinnahmen für sich behält. Zum Beispiel erhielt der Bund im Jahr 1981/82 61 Prozent der zur Verteilung kommenden Abgaben und heuer werden es bereits 63,4 Prozent sein. Im gleichen Zeitraum geht der Anteil der Gemeinden von 16,2 auf 15,6 Prozent zurück. Deshalb bin ich der Meinung, daß der Steyrer Gemeinderat in seiner Gesamtheit gegen die derzeitige gemeindefeindliche Finanzpolitik der Regierung – auch eingeschlossen die FP-Männer – aktiv werden sollte, um die gestellten Aufgaben und Forderungen im Interesse unserer Bevölkerung durchsetzen zu können. Denn das Ergebnis der Finanz- und Steuerpolitik des Bundes und des Landes Oberösterreich gegenüber den Gemeinden, so auch der Stadt Steyr, während der heuer auslaufenden 6jährigen Finanzausgleichsperiode ist die zunehmende Verschuldung allgemein der Gemeinden und auch der Stadt Steyr.

Im Entwicklungskonzept wurde richtig festgestellt, daß die Aufgaben einer Stadt wie Steyr immer größer werden und der finanzielle Handlungsspielraum durch Vorenthaltung der notwendigen finanziellen Basis eingeschränkt wird. Daher glaube ich auch, daß es nicht allein genügt, zu den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen nur in Form einer Resolution Stellung zu nehmen, wie dies im Entwicklungskonzept angeführt wird. Mit 1. Jänner 1985 beginnt eine neue Periode. Hauptziel und wichtigstes Ergebnis des neuen Finanzausgleiches müßte nach Ansicht der Kommunisten die rasche Wiederankurbelung der kommunalen Investitionen sein. Der beste Start dafür wäre die sofortige Einleitung einer Entschuldungsaktion durch Bund und Länder für die Gemeinden. Dazu müßte die Landesumlage ein für allemal ersatzlos gestrichen werden. Weitere Milliarden könnten sich die Gemeinden ersparen, wenn die ab heuer geltende Abschaffung der Gewerbesteuer vom Kapital aufgehoben wird, wenn der Bund zumindest einen Teil der Schulden streicht, die auf die Mehrwertsteuer entfallen, und wenn die Gemeindeeinlagen von der Zinsertragssteuer befreit werden.

Konkret halte ich folgende Maßnahmen für nötig, die sich im Entwicklungskonzept wieder spiegeln müssen:

1. Erhöhung der Mittel für die Stadtgemeinde aus dem Finanzausgleich; 2. die ersatzlose Streichung der Landesumlage und des Spitalkostenbeitrages, der nicht im Konzept beinhaltet ist; 3. höhere Zuschüsse von Bund und Land für den Bau von Wasserleitungen, Kanalisation, Müllbeseitigung, Wohnungsbau, Kindergärten und für andere öffentliche Einrichtungen.

Nun, meine Damen und Herren, zum Punkt Wirtschaftsstruktur. Die zielführenden Maßnahmen, die von der Bundesregierung im Konzept verlangt werden, müßten nach der Auffassung der KPÖ-Fraktion konkretisiert und erweitert werden. Um in unserer Region die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und neue für die große Zahl der Arbeitslosen, darunter viele Jugendliche, zu schaffen, bedarf es wirksamer Maßnahmen der Bundesregierung, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten insbesondere der halbverstaatlichten Steyr-Werke zu lösen. Denn von der Lage in den Steyr-Werken hängt ja nicht nur die Existenz der Beschäftigten ab, sondern die wirtschaftliche, finanzielle Lebensgrundlage der Stadt Steyr und vieler Familien, aber auch von Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden in der Stadt und in der Region Steyr.

Daher ist eine planmäßige Struktur- und Wirtschaftspolitik notwendig, die auf Zurückdrängung der wachsenden Konkurrenz der EG-Monopole und auf den Einfluß auf den österreichischen Markt ausgerichtet ist. Die bisherigen Erfahrungen, besonders in der letzten Zeit zeigen, daß durch den Osthandel, durch die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern, viele tausende in Österreich und viele hunderte Arbeitsplätze in der Stadt Steyr, in der Region, gesichert werden konnten. Daher soll von der Bundesregierung verlangt werden, daß eine Wirtschaftspolitik vor allem im Interesse der heimischen Industriebetriebe, der Mittel- und Kleinbetriebe erfolgt.

Nun zum Punkt c) auf Seite 5. Diese Formulierung widerspricht dem Gemeinderatsbeschluß und ist infolge dessen herauszunehmen. Im Gemeinderatsbeschluß heißt es, die Förderung der 2. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes wird nur dann gewährt, wenn 60 Prozent der Beschäftigten aus der Stadt Steyr eingestellt werden. Dieser Punkt wird daher mit der vorliegenden Fassung von der KPÖ-Fraktion abgelehnt, nämlich aus dem erwähnten Grund, daß dies im Widerspruch zum Gemeinderatsbeschluß steht. Denn eine Formulierung, wo es heißt, an der Einstellung einer möglichst großen Zahl von Arbeitskräften, das steht in keinem Protokoll und auch in keinem Beschluß. Das muß auf jeden Fall im Interesse des Beschlusses des Gemeinderates gestrichen werden.

Zu Punkt e): Die KPÖ-Fraktion ist auch der Auffassung, daß es vor allem die Verpflichtung von Bund und Land ist, die heimischen Klein- und Mittelbetriebe zu fördern. Daher müßten auch im Konzept konkret höhere Förderungsmittel für das heimische Gewerbe verlangt werden.

Zu Punkt f): Wir sind auch für die Beibehaltung der Gewerbeförderungsaktion durch die Stadt, wobei die Förderung direkt erfolgen soll. In erster Linie durch unverzinsliche Darlehensgewährung, wie dies im Konzept vorgesehen ist.

Zu Punkt h): Dieser Punkt ist vollinhaltlich zu begrüßen, daß für neue Betriebe, sich in Steyr niederlassen, Grundstücke im Miet- und Pachtverhältnis zur Verfügung gestellt werden. Damit wird in Zukunft verhindert, daß billige städtische Grundstücke zu Spekulationen erworben werden und die Stadt zu Schaden kommt. Ich glaube kaum, daß ich in diesem Kreis deutlicher werden muß. Ich sage nur Hack-Werke, billige Grundstücke um S 220,-/m². Es waren 10.000 m², also haben wir 3 - 4 Millionen dadurch eingebüßt.

Nun, meine Damen und Herren zum Kapitel Wohnbau. Im Entwicklungskonzept wird der besorgniserregende Anstieg der Wohnkosten in Neubauten festgehalten. Die Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden allein bei der GWG der Stadt Steyr beträgt weiterhin an die 1.800. Wenn man auch davon einen Teil abziehen kann, der lediglich eine Wohnungsverbesserung anstrebt, bleibt jedoch die Tatsache weiter bestehen, daß hunderte Familien in unserer Stadt derzeit keine Wohnung haben. Besorgniserregend ist dabei, daß in den letzten Jahren die Wohnkosten sprunghaft angestiegen sind, und dadurch Beträge, die für die Instandhaltung der Häuser zurückgelegt hätten werden sollen, anderweitig verwendet wurden, teilweise auch zur Bezahlung der Mehrwertsteuer. Dazu kommt noch, daß die Wohnkosten dadurch gestiegen sind, daß sich vor allem die Betriebskosten erhöhten durch die von der Mehrheit beschlossenen Gebühren- und Tarifierhöhungen bei Heizung, Wasser- und Kanalgebühren. Daher vertreten wir Kommunisten die Auffassung, daß der soziale Wohnbau wiederum in der Stadt Steyr eingeführt wird, die Wohnungen nicht nach Profitgesichtspunkten erbaut, sondern entsprechend der Einkommensverhältnisse und den sozialen Erfordernissen sowie der Dringlichkeit der Wohnungswerber öffentlich vergeben werden. Das heißt, daß im vorliegenden Entwicklungskonzept die Rückkehr zu den Prinzipien des sozialen Wohnbaues verankert wird. Das heißt weiter, daß die eigentlichen Baukosten aus Steuermitteln getragen werden und gleichzeitig die Freunderl- und Protektionswirtschaft beseitigt wird. Die KPÖ-Fraktion ist auch dafür, daß der Eigenheimbau durch die Bereitstellung von geeigneten Siedlungsgründen und Erleichterungen der Anschließungseinrichtungen gefördert wird. Der Wohnungsfehlbestand der Stadt Steyr wird noch besonders herausfordernd, da im Stadtgebiet, vor allem im Altstadtgebiet,

mehr als 700 Wohnungen leerstehen. Die KPÖ-Fraktion ist daher auch der Auffassung, daß die leerstehenden Wohnungen vorerst einmal erfaßt werden müssen, damit ein Überblick geschaffen wird. Wir treten dabei dafür ein, daß die Stadtgemeinde ein Einweisungsrecht für diese leerstehenden Wohnungen bekommen muß. Bis jedoch eine solche Regelung durchgesetzt wird, müssen die leerstehenden Wohnungen mit einer besonderen Abgabe belegt werden. Dies wäre eine wirkungsvolle Methode, zumindest meiner Auffassung nach, um die Zinshausbesitzer zu veranlassen, die Wohnungen zu annehmbaren Mieten an Wohnungssuchende zu vermieten. Von bestimmter Seite wird immer wieder die Errichtung von Eigentumswohnungen verlangt. Bei der letzten Gemeinderatsitzung ist ja zum Ausdruck gekommen von bestimmter Seite, daß immer wieder auch die Errichtung von Eigentumswohnungen verlangt wird. Nach den Erfahrungen hat sich jedoch zumindest in Steyr gezeigt, daß der jeweilige Bedarf keinesfalls gegeben ist, daß man Eigenheime sowie Eigentumswohnungen schwer an den Mann bringt, wie dies aus den diversen Annoncen in der Presse zu ersehen ist. Die Aufgabe der Gemeindeverwaltung wird daher nach wie vor sein, den Mietwohnungsbau zu forcieren. Wobei gleichzeitig versucht werden soll, daß die Mehrwertsteuer auf Mietzins, Gas, Wasser und Kanalgebühren sowie Stromtarife abgeschafft wird. Im Konzept heißt es weiter, daß Mittel für die Altstadtinstandsetzung und für die Fassadenaktion verstärkt bereitgestellt werden. Ich vertrete dazu die Auffassung, daß neben dieser meiner Meinung nach großzügigen Förderung von Renovierungsarbeiten an Privathäusern mehr Sondermittel als bisher für die Sanierung und Instandhaltung der alten Gemeindewohnhäuser in den Arbeitervierteln Ennsleite, Ennsdorf und Wehrgraben sowie für die WAG-Wohnhäuser im Stadtgebiet Münichholz bereitgestellt werden sollen. Nur durch solche Maßnahmen können enorme Mietzinserhöhungen verhindert werden. Es ist auch erfreulich, daß im vorliegenden Entwicklungskonzept vermerkt ist, daß der öffentliche Verkehr so auszubauen ist, daß er attraktiver wird, aber dazu gehört auch, daß die Fahrpreise nicht laufend erhöht werden, so daß zum Beispiel weitere Ermäßigungen auf den städtischen Linien von und zum Arbeitsplatz gewährt werden. Wir haben in unserem, also im kommunistischen, Alternativ-Programm seit Jahren die Forderung nach Verbesserung und Ausbau der Straßen- und Eisenbahnlinie von und nach Steyr. So haben wir zum Beispiel bereits in den 70er Jahren den Bau einer dritten Ennsbrücke zur Verbindung der zwei großen Wohngebiete Resthofsiedlung und Münichholz verlangt. Daher ist es heute angebracht, obwohl es im Konzept vorgesehen ist, vom Gemeinderat mehr Nachdruck zu verleihen, daß diese Vorhaben schneller forciert werden. Zu Punkt 7, Seite 25. Dort heißt es, weitere Errichtung von Über- und Unterführungen, wobei der Überquerung der Damberggasse von der Ennsleite herunter der Vorrang eingeräumt wird. Meiner Meinung nach ist die Errichtung einer Unterführung im Bereich des Ennsner Knotens vorrangig, damit die Bewohner und Schüler Endlich die Ennsner Straße gefahrlos überqueren können. Schule, Kirche, Postamt, Sparkasse und Großkaufhaus im Stadtteil Tabor sind links der Ennsner Straße stadtauswärts gesehen und der Großteil der Bevölkerung dieses Wohngebietes wohnt auf der rechten Seite der Hauptverkehrsstraße. Wobei natürlich auch die Errichtung einer Überführung im Bereich der Damberggasse-Nordstiege für notwendig erachtet wird, damit dort die Steyrer Werksarbeiter und Angestellten bei Stoßzeiten gefahrlos die Damberggasse überqueren können. Zum Kapitel Versorgung und Entsorgung ist der Standpunkt der Kommunisten folgender. Vorausschicken möchte ich, daß der Umweltschutz ohne Mehrbelastung der Bevölkerung zu gewähren ist. Das heißt, daß er von jenen finanziert werden soll, die bisher wegen mangelnder Vorsorge vor Verschmutzung und Vergiftung von Luft und Wasser profitiert haben. Wir sind für die notwendige schnelle Errichtung und Inbetriebnahme der eigenen Mülldeponie und die Fertigstellung der Zentralen Kläranlage und sind gleichzeitig der Auffassung, daß dazu höhere Zuwendungen von seiten der Landes- und Bundesregierung erforderlich sind. Das gilt auch für den sofortigen Beginn des Kanalbaues im Wehrgraben entlang des Wehrgrabenkanals bis zum Sammler Zwischenbrücken. Die Großkläranlage, das hat der Herr Bürgermeister schon angeschnitten, wird im Jahr 1985 fertiggestellt

sein. Die Abwässer des Stadtteiles Wehrgraben werden, wenn dieser Kanal nicht sofort begonnen wird und raschest gebaut wird, ungeklärt weiterhin die Steyr hinunterfließen. Zu Seite 26, Punkt 2, einige Feststellungen.

Es wird richtig festgehalten, daß es Aufgabe der Stadtgemeinde bzw. des Wasserverbandes ist, auch für die Zukunft den erhöhten Wasserverbrauch der Region Steyr sicherzustellen. Das heißt, Erschließung neuer Wasservorkommen, um die Trinkwasserversorgung der Stadt und der Umlandregion zu sichern. Die KPÖ-Fraktion ist jedoch dagegen, daß im Entwicklungskonzept der Schwerpunkt der zukünftigen Wasserversorgung aus dem umstrittenen Speicherkraftwerk Reichraming-Hintergebirge gelegt wird. Dies, obwohl erst die Umweltverträglichkeit des geplanten Kraftwerkes im Hintergebirge geprüft wird und das Ergebnis noch nicht vorliegt, haben sich voreilig die oberösterreichische ÖVP-SPÖ-Führung für den Kraftwerksbau ausgesprochen. Nun hat der zuständige Handelsminister Steger kürzlich erklärt, daß das Speicherkraftwerk Hintergebirge energiewirtschaftlich gar nicht notwendig ist. Daraufhin kam es am Dienstag, 22. Mai, zu einer Sondersitzung der OÖ. Landesregierung, in der die ÖVP-SPÖ-Landesregierungsmitglieder meiner Meinung nach einen Fluchtweg suchten, damit sie das umstrittene Kraftwerksprojekt nicht mehr weiter verfolgen müssen. Ratzenböck wie Grüner erklärten öffentlich, wenn Handelsminister Steger uns sagt, daß das Kraftwerk nicht notwendig ist, dann wird sich die Landesregierung diesem Entschluß beugen.

Dazu möchte ich sagen, dieses Speicherkraftwerk würde ganze 0,25 Prozent des österreichischen Strombedarfes liefern, wobei der Schaden durch die Umweltzerstörung ungleich größer als der Nutzen durch den gewonnenen Strom und der von der SPÖ-Mehrheitsfraktion im Entwicklungskonzept deklarierten Wasserversorgung der Region Steyr wäre. Meine Auffassung dazu ist daher, daß das Speicherkraftwerksprojekt nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch aus Unwirtschaftlichkeit abzulehnen ist. Daher soll die Absichtserklärung und das Interesse der Stadt Steyr, die zukünftige Wasserversorgung aus dem Kraftwerksprojekt Reichraming-Hintergebirge aus dem Entwicklungskonzept gestrichen werden.

Im Entwicklungskonzept fehlt überhaupt die notwendige Verbesserung der ärztlichen bzw. fachärztlichen Versorgung, insbesondere der Schuljugend, auf die ich bereits des öfteren und bei der letzten Budget-Debatte hingewiesen habe.

Auf dem Gesundheitssektor bestehen in Steyr und in der Umlandregion schwere Mängel. Der Standesdünkel der ÖVP-dominierten Ärztekammer verhindert, daß mehr Ärzte ausgebildet werden. Gleichzeitig wird verhindert, daß etwa im Zahnambulatorium der Gebietskrankenkasse mehr Behandlungsstühle eingerichtet werden. Und die Folge der Ärztemisere sind unannehmbare, monatelange Wartezeiten für Patienten. Daher, so glaube ich, ist die Zurückdrängung der konservativen Dominanz eine der wichtigsten Aufgaben und von der Bundesregierung zu verlangen.

Im Entwicklungskonzept müßte daher auch die Forderung gestellt werden nach Ausweitung der Ausbildungsplätze von Jungärzten in Spitälern und nach zusätzlichen Behandlungsstühlen in Zahnambulatorien der Gebietskrankenkasse sowie, daß endlich auch die gesetzlich festgelegte Fristenlösung im Steyrer Krankenhaus durchgeführt wird. Und wenn notwendig, durch eine Veränderung der ÖVP-Personalpolitik im Landeskrankenhaus. Außerdem möchte ich in diesem Zusammenhang erinnern, daß die Stadt auf meine Initiative einen Ambulanzwagen, einen Notarztwagen um 600.000 Schilling angekauft hat, aber bis heute die notwendigen Ärzte seitens des ÖVP-Spitalsreferenten von Oberösterreich, Landeshauptmannstellvertreter Possart, nicht bereitgestellt wurden und daher auch die lebensrettende sofortige Hilfe eines Notarztes in Steyr und der umliegenden Region nicht gewährleistet ist.

Anläßlich des Besuches von Landeshauptmann-Stellvertreter Possart hätte diese Frage angeschnitten werden können, da sich alle Fraktionen einig waren, daß ein solcher Notarztwagen mit Ärzten auch für Steyr notwendig ist und lebensrettend sein könnte.

Dies sind Anliegen der gesamten Steyrer Bevölkerung und der Region, die in das Entwicklungskonzept unbedingt aufgenommen gehören bzw. manches eben nicht.

Erfreulich ist für mich, daß bereits im Entwurf des Entwicklungskonzeptes eine ganze Reihe von Vorschlägen und Alternativen aufgenommen wurde, die ich im Laufe der letzten Zeit oder in den letzten Jahren gemacht habe. Wie zum Beispiel die von mir seit Jahren verlangte Überdachung der Kunsteisbahn, Zuschüsse und Förderung in Millionenhöhe für die gemeindeeigenen Althäuser auf der Ennsleite, Tabor u. a. m.

Daher werde ich nach Berücksichtigung der von mir heute angeführten Einschränkungen bzw. vorgetragenen Ergänzungen grundsätzlich dem vorliegenden Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr und der Region die Zustimmung geben.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, ersuche ich Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zunächst möchte ich allen Fraktionssprechern danken für die sachlichen, objektiven Beiträge und es ist aus allen Wortmeldungen ersichtlich gewesen, daß dieses Entwicklungskonzept, diese Neufassung, begrüßt wird. Ich möchte dieses Schlußwort nicht dazu ausnützen, um der Diskussion die den Fraktionen vorbehalten bleibt, vorzugreifen und ich möchte auch nicht durch Aussagen diese Verhandlungen präjudizieren. Ich glaube, ich darf die heutigen Aussagen der Fraktionsobmänner in Form des Wortprotokolls in die Verhandlungen einbeziehen, so daß sich die schriftlichen Stellungnahmen als Ergänzungen anbieten dürften. Es besteht also hier eine Möglichkeit, daß die entsprechenden Abhandlungen rasch abgeführt werden können. Einige Punkte darf ich aber doch ganz kurz aufklären bzw. einige Gedankengänge zum Ausdruck bringen.

Bei der Landesumlage, Kollege Fritsch, glaube ich - ich kann hier vom Städtebund berichten - zwischen den Fraktionen der ÖVP und der SPÖ im Städtebund gibt es keine Auffassungsunterschiede, sondern die Kollegen der ÖVP im Städtebund unterstützen die Forderung auf Abschaffung der Landesumlage genau so wie die sozialistischen Kollegen. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, - das wurde von mehreren Sprechern angeführt - daß im Entwicklungskonzept Forderungen und Wünsche der Stadt an den Bund oder an das Land ein Teil des Konzeptes sein müssen; daß solche Forderungen enthalten sind.

Zur Gewerbeförderung darf ich mitteilen bzw. anführen, daß wir seitens der Stadt keinen gesetzlichen Auftrag haben, daß das weiter eine freiwillige Leistung der Stadt sein muß. Daß wir bei den Beratungen über dieses Konzept sehr ausführlich über allfällige Zinsenzuschüsse gesprochen haben, daß aber bei den Zinsenzuschüssen es jetzt schon verschiedene Möglichkeiten gibt, von verschiedenen Stellen Zinsenzuschüsse zu erhalten. Hier bestehen ja gesetzliche Möglichkeiten seitens des Landes, seitens des Bundes, seitens anderer Stellen und wir wollten durch eine neue Möglichkeit hier nicht Aufgaben übernehmen, die ohnehin schon irgendwelche Stellen übernommen haben. Das ist eine grundsätzliche Überlegung; aber ich glaube, man kann über diese Dinge durchaus diskutieren. Das darf ich hier anführen.

Ich möchte sagen, daß wir im Budget - das ist eine Richtigstellung - wohl für Darlehen S 500.000,- enthalten haben, das sind Darlehen für Gewerbeförderung, daß wir aber darüberhinaus Kapitaltransferzahlungen enthalten haben von 1 Million Schilling. Und daß wir für das BMW-Werk - das ist allerdings eine Industrieförderung - 3 Millionen Schilling enthalten haben, so daß wir insgesamt für diesen Bereich für das Jahr 1984 4,5 Millionen Schilling im Budget vorgesehen haben.

Im übrigen glaube ich, und der Zeitpunkt dieser Beratungen ist so gewählt, daß die neuen Vorstellungen, die durch dieses Konzept geschaffen werden, sich in den Budgetverhandlungen niederschlagen müssen. Die Budgetverhandlungen beginnen bekanntlich bereits

in den Sommermonaten, so daß, wenn die Beschlußfassung im Juni möglich ist, die Vorstellungen, die sich hier im Konzept anbieten, auch budgetmäßig ihren Niederschlag finden können und bei den Vorverhandlungen auf Beamtenebene schon entsprechende Berücksichtigung finden können.

Zum Müll darf ich sagen, wir haben hier eine Informationssitzung gehabt, wo über die Dauer einer Möglichkeit der Ablagerung des Mülls unserer Stadt seitens der Fachleute berichtet wurde, daß bei einer Sanierung unserer Mülldeponie bei der "kleinen Sanierung", wenn man das so sagen kann, ein Zeitraum von 25 Jahren für unsere Stadt vorausgesagt wird. Innerhalb dieser Zeit könnten wir den gesamten Müll, der in der Stadt anfällt, ablagern. Es wäre auch eine Ausweitungsmöglichkeit vorhanden, wonach dann das für 60 Jahre möglich wäre. Ich glaube aber, daß man im Zeitraum von 25 Jahren Technologien entwickeln wird, die zweifellos eine Lösung dieses Problemes erleichtern werden. Das ist meine persönliche Auffassung zu diesem Problem.

Ich darf auch noch berichten, daß die Angaben über einen Betrag von 50 Millionen Schilling für den Sportstättenbau sicher überhöht sind. Wir werden ja heute über einen Antrag beraten, es geht in diesem um 16 Millionen Schilling. Allerdings, das muß auch gesagt werden, handelt es sich dabei um eine erste Etappe, es sind dort die Hochbauten nicht enthalten. Die Hochbauten werden für diese Leichtathletikanlage mit etwa 7 Millionen Schilling geschätzt, so daß wir auf 23 Millionen kommen würden. Für die Überdachung der Kunsteisbahn ist eine Kostenschätzung, aufgrund von Firmenunterlagen, mit 11 Millionen Schilling vorhanden. Es ist das aber noch kein Ergebnis einer Ausschreibung, das muß ich auch sagen. Wenn man das zusammenrechnet, so kommt man in etwa auf einen Betrag von 35 Millionen Schilling, die diese Anlage kosten wird.

Dazu darf ich berichten, daß wir – das ist nicht unbekannt – seitens des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Possart in den Verhandlungen erreicht haben, für die Leichtathletikanlage – da ist die Überdachung noch nicht dabei, die Zuschüsse beziehen sich jetzt nur auf die Leichtathletikanlage – 4 Millionen Schilling zugesagt zu erhalten.

Seitens des Bundes haben wir einen Betrag von 5 Millionen Schilling als Zuschuß zugesagt und für die Überdachung der Kunsteisbahn müssen neue Verhandlungen in die Wege geleitet werden und auch dafür wahrscheinlich Zuschüsse zu erwarten sind, so daß die Belastung der Stadt in der Größenordnung, wie Sie Kollege Fritsch angeführt hat, nicht auftreten wird.

Zum Hinweis des Kollegen Tremml, daß der Passus herausgehört, eine möglichst große Anzahl von Steyrern im BMW-Werk zu beschäftigen, muß ich sagen, daß ich nicht dieser Meinung bin. Ich glaube, das wurde auch immer betont, daß hier Grundsätze verankert werden sollen und nicht ganz konkrete Aussagen im Entwicklungskonzept. Die konkreten Aussagen werden ja in den Gemeinderatsbeschlüssen gefaßt oder mit den Gemeinderatsbeschlüssen kundgetan. Diese 60 %, wir haben einen Beschluß, aber eine möglichst große Anzahl von Steyrern ist eben die Aussage für ein Konzept. Die Zahl ist konkretisiert in einem Gemeinderatsbeschluß.

Ich sehe hier keinen Widerspruch.

Zum Kollegen Eichhübl möchte ich nur sagen, er hat gesprochen von einer undemokratischen Zusammensetzung. Die Beiräte, die geschaffen sind, sind nicht nach parteipolitischen Maßstäben gesetzt und die Ausschüsse in den Gemeinderäten sind eben nach der Stärke der Parteien zusammengesetzt. Wir können halt bei der FPÖ, wenn nur zwei herinnen sind, nicht drei in einen Ausschuß geben. So ist die Lage, das wird also aufgrund der Wahlergebnisse zusammengesetzt. Das ist anders eben nicht möglich.

Soweit meine Stellungnahme. Ich darf versichern, daß wir die Beratungen zügig fortsetzen werden, damit wir im Juni zu einer Beschlußfassung kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke unserem Bürgermeister für sein Schlußwort. Eine Abstimmung erübrigt sich, nachdem wir ja noch weitere Verhandlungen führen werden und erst bei der nächsten Gemeinderatsitzung die Abstimmung über das Entwicklungskonzept erfolgen wird.

Wir fahren damit in der Tagesordnung weiter und ich ersuche unseren Bürgermeister um die weitere Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie ersuchen, zuzustimmen, daß ein weiterer gemeinderätlicher Ausschuß in unserer Stadt gebildet wird, der sich mit Umweltfragen zu beschäftigen hat. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses soll nach den gleichen Richtlinien aller anderen gemeinderätlichen Ausschüsse erfolgen. Ich glaube, ich kann mir ersparen, hier einen breiten Bericht vorzutragen, weil einerseits jetzt beim Entwicklungskonzept schon Diskussionsbeiträge in dieser Richtung gebracht wurden und andererseits darf ich voraussetzen, daß in den Fraktionen über die Konstruktion dieses Ausschusses bereits Beratungen abgeführt wurden. Ich darf mich also auf die Verlesung des Antrages beschränken:

2) Präs-591/84

Errichtung eines gemeinderätlichen Ausschusses für Umweltschutz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Als nach dem Statut der Stadt Steyr zuständigen Organ ergeht nachstehender Antrag des Bürgermeisters an den Gemeinderat:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. Mai 1984 wird im Sinne der Bestimmungen des § 36 StS ein gemeinderätlicher Ausschuß für Angelegenheiten des Umweltschutzes eingerichtet. Die Zahl der Ausschußmitglieder wird gemäß § 36 Abs. 5 StS mit 12 festgelegt, von denen 8 auf die SPÖ-Gemeinderatsfraktion und 3 auf die ÖVP-Gemeinderatsfraktion entfallen.

Darüberhinaus ist zusätzlich noch je ein Vertreter der FPÖ-Gemeinderatsfraktion und der KPÖ-Gemeinderatsfraktion, jedoch nur mit beratender Stimme, diesem Ausschuß beizuziehen. Die personelle Besetzung dieses Ausschusses für Angelegenheiten des Umweltschutzes setzt sich wie folgt zusammen:

Von der SPÖ-Fraktion:

Vizebürgermeister Leopold Wippersberger
Stadtrat Rudolf Pimsl
Stadtrat Johann Zöchling
Stadtrat Karl Feuerhuber
Gemeinderat Fritz Reisner
Gemeinderat Franz Enöckl
Gemeinderat Dkfm. Helmut Zagler
Gemeinderat Erich Sablik
Bürgermeister Heinrich Schwarz

Von der ÖVP-Fraktion:

Vizebürgermeister Direktor Karl Fritsch
Gemeinderat Ing. Othmar Schloßgangl
Gemeinderat Karl Holub

Von der FPÖ-Fraktion:

Gemeinderat Rupert Humer (mit beratender Stimme)

Von der KPÖ-Fraktion:

Gemeinderat Otto Tremli (mit beratender Stimme)

Ich bitte Sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben. Die Konstituierung, Vorsitzender usw., ist dann Angelegenheit des Ausschusses.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um die Errichtung und den Neubau einer Leichtathletikanlage auf dem Rennbahngelände. Dieses Problem steht seit einiger Zeit zur Diskussion, es wurde bereits in mehreren Informationen darüber berichtet und im Vorjahr erfolgte eine Ausschreibung der Arbeiten dafür. Ich habe auch angeführt, daß wir im Zusammenhang mit der Finanzierung bereits Gespräche mit dem Land, mit dem Bund, mit den zuständigen Stellen des Bundes und des Landes geführt haben und hier die notwendigen Zusagen über eine finanzielle Unterstützung der zuständigen Referenten vorliegen, die Flüssigmachung der Mittel und die Zuteilung der Zuwendungen kann natürlich erst nach Beschlußfassung im Gemeinderat entsprechend abgeklärt und vorgenommen werden.

Ich darf Ihnen den entsprechenden Antrag des Stadtsenates zum Vortrag bringen:

3) Sport-4820/81

Sportanlage Rennbahn; Neubau einer
Leichtathletikanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 10. 5. 1984 wird der Auftrag zur Errichtung der Sportanlage Rennbahn (Neubau einer Leichtathletikanlage) an die Firma ARGE Rennbahn, Steyr-Graz, (Dipl. Ing. Premm, Steyr, und Sportbau Premm, Graz) zum Preis von S 16,082.684,- inkl. USt übertragen. Für die im Auftrag enthaltenen Baumeisterarbeiten sind in Steyr ansässige Bauunternehmungen, mindestens zwei, heranzuziehen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1,000.000,-- (Schilling eine Million)

bei VSt 5/262100/000000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 11,000.000,- (Schilling elf Millionen)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Ihre Diskussionsbeiträge bzw. um die entsprechende Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Kollege Wallner hat sich zu Wort gemeldet.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Hochverehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es geschehen in letzter Zeit in Steyr eigenartige Dinge. Lassen Sie mich zwei aufzählen, zunächst einmal erstens: ein inzwischen pensionierter Bürgermeister stellte vor geraumer Zeit das für ihn unangenehme Glockengeläute der Pathausuhr ein. Der neue, mutige Bürgermeister Schwarz läßt diese Glocke wieder bimmeln. Persönlich, Herr Bürgermeister, Hut ab!

Zweitens, und das ist nicht mehr so lustig, ein inzwischen pensionierter Bürgermeister sagte seinerzeit - nun komme ich zum gegenständlichen Akt - in Berücksichtigung der tristen Arbeitsmarktlage in Steyr und im Bewußtsein dessen, daß die Firma Beer & Janischofsky im vorliegenden Amtsbericht vom 10. 5. 1984, zweitgenannt angeführt, als bodenständige Firma Bestbieter sei, der Fa. Beer & Janischofsky den Auftrag unter Zeugen zum Neubau einer Leichtathletikanlage in Steyr ausdrücklich zu. Der neue Bürgermeister nimmt diese seinerzeitige Zusage von Altbürgermeister Weiss nicht zur Kenntnis. Das ist eine Parallele zum erstgenannten Fall. Heute wird die Vergabe an die ARGE Rennbahn/Premm empfohlen. Das ist eine Grazer bzw. Salzburger Firma, die sicherlich nur in Graz bzw. Salzburg steuerpflichtig ist. Die Stadt Steyr hat also, das wage ich zu behaupten, von dieser Firma überhaupt nichts. Da nützt auch nichts,

wenn vormittags im Stadtsenat und jetzt wiederholt berichtet wurde, daß die Firma Premm für die Baumeisterarbeiten Steyrer Firmen verwenden wird. Für meinen Teil stelle ich fest, daß bei den heute zur Vergabe kommenden Arbeiten keine Baumeisterarbeiten dabei sind – das habe ich genau geprüft – sondern nur Rasen und Laufflächen. Diese sind im Amtsbericht angeführt und ich darf mir daher das Verlesen ersparen. Die Fa. Premm verfügt in Steyr nach meiner letzten Information über keine Baumeisterkonzession – ich betone ausdrücklich Baumeisterkonzession, damit das nicht verwechselt wird mit einer Gewerbeberechtigung, die keine Konzession ist. Für die Gartengestaltung besitzt sie eine Berechtigung, – meine letzte Information von meiner sicher auf den letzten Stand gebrachten EDV. Sie könnte auch demnach nicht gegenüber Ortsschutzbegünstigten mit solchen Arbeiten beauftragt werden.

Nun eine kurze Darstellung der bisherigen Vorgänge in diesem Zusammenhang. Die Ausschreibung, wie Sie alle wissen, erfolgte 1983. Mit Schreiben vom 7. 7. 1983 erfolgte eine letztendliche Reduktion der Anbotsumme um rund 7 Prozent. Unter Berücksichtigung der Ortsschutzklausel von 5 Prozent war Beer Bestbieter. Nun war es logisch, daß damals, nachdem die Firma Beer & Janischofsky sich intensiv um diesen Auftrag bemüht hat, diese Firma von Bürgermeister Weiss die vorläufige Zusage, aber doch konkret, erhalten hat. Es ist völlig klar, wenn mir widerlegt werden sollte, daß Bürgermeister Weiss bzw. auch Bürgermeister Schwarz oder kein Bürgermeister, wenn Sie wollen, ohne Stadtsenats- bzw. Gemeinderatsbeschuß keinen Auftrag erteilen kann. Das ist ja klar und das braucht in diesem Kreis hier nicht erörtert werden. Jeder von uns aber weiß, daß die Zusage eines Steyrer Bürgermeisters immer etwas gegolten hat und daß sich eine Firma auf diese Zusage verlassen kann.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß im zitierten Amtsbericht von diesem Nachlaß von 7 % überhaupt nicht die Rede ist. In anderen Amtsberichten finden Sie ganz korrekt die Aufzählung, was seit der Anbieteröffnung erfolgte. Ob das nun gegen die ÖNORM A 2050 oder nicht verstößt, das ist in diesem Zusammenhang nicht interessant. Ich stelle für mich jedenfalls fest, daß im Amtsbericht verschwiegen ist, daß die Firma Beer & Janischofsky seinerzeit einen weiteren Nachlaß von 7 % gewährt hat.

Ich behaupte persönlich weiter, daß es sich in diesem Zusammenhang überhaupt – ich drücke es gelinde aus – um einige oder fast nur Ungereimtheiten handelt. Ungereimt ist zum Beispiel, wer hat seinerzeit den Auftrag zur Projektierung der Leichtathletikanlage überhaupt an die Firma Premm erteilt. Immerhin geht es hier um Kosten in einer Größenordnung von ca. 300.000 Schilling, also um keinen Pappenstiel. Der Auftrag wurde seinerzeit von Bürgermeister Weiss unserem städtischen Bauamt erteilt und sonst niemandem. Jetzt sage ich Ihnen etwas, in vollem Bewußtsein dessen, was ich sage: Ich persönlich war seinerzeit dabei, als Bürgermeister Weiss den gegenständlichen Akt, als er erfuhr, daß diese Planung an die Fa. Premm weitergegeben worden ist, und hierfür nun logischerweise die Stadt mit Kosten von ca. 300.000 Schilling belastet sein wird, in meiner Anwesenheit auf den bürgerlichen Tisch in seiner resoluten Art geknallt und gesagt hat: diese Kosten zahle ich nicht, sie sind nie genehmigt worden.

Jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, überlasse ich es ihrer Fantasie, warum nun heute die Firma Premm unbedingt den Auftrag erhalten – und jetzt lege ich besondere Betonung auf das Wort – "muß", und eine bondeständige Firma, die sich sehr bemüht hat und sicherlich auch bemühen würde, diese Anlage entsprechend herzustellen, durch die Finger schauen muß.

Zurückkommend zu den auffallend gegensätzlichen Entscheidungen der beiden Bürgermeister Weiss – Schwarz. Den ersten Fall, die Rathausglockenuhr, soll, kann und muß man in die Unterhaltungssektion "Volksbelustigung" einreihen. Ich habe schon zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, nicht so lächerlich ist der von mir dargestellte zweite Fall, der heute zur Beschlußfassung vorliegende, bei dem es um die gegenständliche Beschlußfassung der Auftragsvergabe für die Leichtathletikbahn Rennbahn geht. Ich sage Ihnen, aufgrund der vorgenannten Gegensätzlichkeiten in diversen Entscheidungen der beiden Bürgermeister – ohne die beiden angreifen zu wollen, das sage ich sicherheitshalber dazu – muß

man sogar Angst haben, daß der unter Weiss begonnene Straßentunnelbau Tomitzstraße – Schwimmschulstraße eingestellt und womöglich die Tunnelröhre wieder zugeschüttet wird. Ich sage jetzt gleich dazu, wenn Sie mich um meine Meinung hier fragen, um das abzuschwächen, ich glaube persönlich auch nicht daran, daß dies geschieht.

Nochmals zurückkommend zum heute gegenständlichen Beschluß. Bei den von mir kritisierten Vorgängen, die zur voraussichtlichen – das ist ja nicht mehr schwer zu erraten – Vergabe an die Firma Prerm führen werden, bitte ich um Ihr Verständnis, daß mein Freund Ing. Schloßgangl und ich uns der Stimme enthalten werden. Gleich vorweg eine Warnung hiezu, schließen Sie nicht aus dieser Haltung, die ja konträr zur Haltung meiner übrigen Fraktionskollegen liegt, nicht etwa auf eine Zerrissenheit der ÖVP-Fraktion. Unser Beschluß wurde von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion voll und ganz akzeptiert. Die Wirtschaftsvertreter in meiner Fraktion dürfen nämlich eigene Meinungen haben und stellen Sie sich vor, sie dürfen diese Meinung auch in der Öffentlichkeit und vor der Presse kundtun und wenn sie wollen vehement vertreten.

Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine weitere Wortmeldung? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderat es!

Ich bin sehr erfreut, daß Kollege Wallner hier Klarheit geschaffen hat darüber, was hier für ein Spiel getrieben wird zwischen Weiss und Schwarz. Ich glaube aber, wir haben hier eine sachliche Entscheidung zu treffen. Diese sachliche Entscheidung gilt für mich – ich stimme dafür und es schaut jetzt so aus ich stimme für etwas, was zwischen zwei konträren Ansichten hier im Gemeinderat weiter ausgetragen werden soll. Meine Auffassung ist die – ich bin auch darüber informiert seit der Fraktionsobmännerbesprechung – daß die Firma Prerm die Firma ist, die eine solche Sportanlage errichten kann, weil sie bestimmte Erfahrungen hat auf diesem Gebiet und es keine gleichartige Firma in Steyr gibt. Ich habe nichts gegen Beer & Janischufsky, aber Du hast es ja selbst hier angeführt, daß diese Firma erst dann in die Ortsschutzklausel gefallen ist bzw. Bestbieter geworden ist, als sie 7 % nachgelassen hat. 7 % sind aber immerhin 1 Mill. Schilling und ich sage es auch hier öfters im Gemeinderat aber auch an anderen Stellen, daß gerade am Bausektor viele Dinge getrieben werden und wir gegen solche Methoden auftreten müssen.

Ich werde für diesen Antrag stimmen, daß diese Sportanlage, diese Leichtathletikanlage, gebaut werden kann mit einer Firma, die imstande ist, diese ohne Reklamation durchzuführen. Sonst müßte sich Dein Kollege wieder eingehend beschäftigen mit mir im Kontrollausschuß, denn wir machen ja das öfters, daß wir Baufirmen ziemlich auf die Finger klopfen müssen, damit sie nachträglich auf ihre Kosten die Arbeiten so herstellen, wie es notwendig ist.

Ich glaube, daß es schon richtig ist von den anderen Kollegen Deiner Fraktion, wenn Sie dem beitreten. Wenn man aber auf der einen Seite der Mehrheitsfraktion und dem Bürgermeister etwas vorwirft, daß da ein Spiel getrieben wird, würde man ja auch den übrigen Fraktionskollegen einiges auf den Pelz geben. Denn sie stimmen nämlich für diese Regelung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Als Nächster hat sich Kollege Holub zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Lieber Freund Otto, Du brauchst Dir in Deiner Seelenruhe keine großen Gedanken machen um die Uneinigkeit dieser Partei, die Du gerade angezogen hast, und auch nicht um unser wirklich überlegtes Beschlußverhalten. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, aber trotzdem erklären, warum wir zu diesem zweistimmigen Beschluß gekommen sind, denn so zweistimmig ist er ja nicht. Wenn die Konsequenz der Wirtschaftstreibenden negativ gegen die Sportplatz gewesen wäre, so wäre auch das Stimmverhalten negativ gegen den Antrag.

Das Primat in unserem Beschluß hat die langfristig überlegte Sportanlage. Was ich aber wirklich nicht verstehen kann, ist die Engstirnigkeit, mit der die von Stadtrat Wallner sehr präzise ausgezeichnete Vorgangsweise durchgezogen wird. Das kann ich nicht verstehen. Wir haben sehr lange überlegt, wo denn da der Vorrang wäre und wir zeigen Ihnen diese Überlegung, daß das wirklich ein sehr schwieriger Gedankengang ist, in dem nicht einheitlich Ja zum Sportplatz, aber in einem nicht Nein zu dieser Anlage. So sollen Sie bitte auch diese Stimmhaltung verstehen unserer beiden Kollegen. Alle miteinander müssen wir uns tatsächlich Sorgen machen um die Ernsthaftigkeit der Beschlußaufbereitung. Dieses ernste Wort sollte auch wirklich in aller Ruhe gesagt werden und ohne Personen oder Institutionen zu attackieren. Es kann, darf und soll in Zukunft eine solche Vorgangsweise nicht mehr sein. Es kann, darf und soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Sportplatz an sich ja – das habe ich hier schon mehrfach gesagt – eine sehr sehr große Belastung für die Stadt darstellt und daß man sich an sich überlegen müßte, wenn es nicht schon so langfristig geplant wäre und wenn nicht die Förderungszusagen da wären, ob man diesem Großvorhaben in der Tat zustimmen könnte. Die Förderung, die das Land seit Jahren in Aussicht gestellt hat, wird auch mit Sicherheit kommen. Der Bund hat zugesagt, was man von den Worten des Bundes zu halten hat, ist noch eine andere Frage, man hat nicht immer die konsequente Verfolgung von Aussagen von dieser nunmehrigen Bundesregierung erlebt. Wollen wir hoffen, daß dieser Ausnahmefall eintritt, daß hier Wort gehalten wird.

Die Kostenschätzung, die Vizebürgermeister Fritsch vorgelegt hat hinsichtlich des Gesamtvolumens aller Vorhaben, umfaßt natürlich alle denkbaren Sanierungsarbeiten an der Bezirkssportanlage. Wenn das auf einmal durchgeführt würde, wäre es weniger, wenn man die Baukosten aufkapitalisiert. Und ich glaube, ich brauche da keine offenen Türen einrennen, dann würde man in die Nähe dieser Gesamtbausumme kommen. Das kann man sicher nicht vom Tisch wischen. Gehen tut es darum, daß wir im Interesse der Jugend und im Interesse der Sporttreibenden ein Ja zur Leichtathletikanlage sagen. Ganz zweifellos ist die Anlage notwendig, es soll nur behutsam damit umgegangen werden bei den Folgeaufträgen, daß wir vermeiden, Paläste zu bauen, wo Häuser auch genügen. Und das in Zeiten, wo wir es nicht finanzieren können!

Noch einmal gesagt, die Antragsaufbereitung und die doch sehr denkwürdigen Vorgänge zur Beschlußaufbereitung und auch zur Vergabe, die ja bedauerlicherweise dann doch so fallen wird, wie sie jetzt scheinbar am Tisch liegt, veranlassen unsere beiden Kollegen zu der, wie ich meine, sehr mutigen Haltung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Da das nicht der Fall ist, bitte ich Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Wallner hat den Fall sehr dramatisch geschildert, so dramatisch ist diese Geschichte gar nicht. Das Gespräch mit Bürgermeister Weiss hat stattgefunden, das ist richtig. Ich war nicht dabei, es wurde mir aber von Herrn Brandl bestätigt, daß eine konkrete Zusage des Bürgermeisters nicht erfolgt ist. Das muß ich schon sagen, Bürgermeister Weiss hat nicht gesagt, Ihr bekommt diese Anlage. In diesem Gespräch hat

die Fa. Beer & Janischofsky um Berücksichtigung gebeten. Sie hat angeboten einen Preisnachlaß, auch das bestätige ich, von 7 Prozent. Aber eines muß ich auch sagen, im Amtsbericht ist das deswegen nicht drinnen, weil das nicht der ÖNORM entspricht und zweitens ist es die Vorgangsweise, nach der Anbieteröffnung Preisverhandlungen zu führen. Außerdem muß ich sagen, daß man fairerweise – das bitte ich auch die Vertreter der Wirtschaft zu bedenken und das ist wahrscheinlich sogar Ihr Verlangen – daß man auch mit allen anderen Steyrer Firmen solche Preisverhandlungen führt. Wenn diese Vorgangsweise gewählt wird, wird die Geschichte bedenklich. Man müßte dann wirklich alle fragen und es wäre durchaus denkbar, daß noch eine andere Firma, die auch angeboten hat, unter Umständen noch unter dem Anbot der Firma Beer & Janischofsky liegen würde.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Diese Vorgangsweise, die jetzt von Dir aufgezählt wurde, ist aber nicht die erste. Ich bin jetzt hier seit 16 oder 17 Jahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bestätige das und darf dazusagen, daß sie dort gewählt wird, wo wir in erster Linie versuchen wollen, Steyrer Firmen zum Zuge kommen zu lassen. So war es auch in diesem Fall. Es wurde aber auch mit der Firma Premm darüber verhandelt, daß Steyrer Firmen berücksichtigt werden und die Fa. Premm hat sich dazu bereiterklärt. Daher ist diese unsere Forderung berücksichtigt. Es hätte ja auch theoretisch die Firma Beer & Janischofsky nicht alle diese Arbeiten von Steyrer Firmen durchführen lassen können. Ich schätze die Fa. Beer & Janischofsky sehr, das möchte ich klar darstellen, und ich hätte ihr auch zugemutet, daß sie diesen Auftrag zur vollsten Zufriedenheit erledigt hätte, allerdings auch unter Beiziehung von Fachfirmen. Eines muß ich sagen, es wurde von Dir dargestellt, daß die Firma Premm eine Konzession besitzt. Das stimmt, sie besitzt diese allerdings in Graz, und zwar die Konzession für das Baumeistergewerbe.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ortsschutzklausel, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Berechtigung, daß sie diese Arbeiten ausführt, hat sie sicherlich. Außerdem ist das nicht der erste Sportstättenbau, den die Firma Premm in Oberösterreich macht, sondern sie hat einen solchen schon in Vöcklabruck errichtet und sie hat zur besten Zufriedenheit bei der Landessportschule, also bei einer Einrichtung des Landes, gearbeitet. Wir sind gebeten worden von den Fachleuten aus Gründen, die auch in unserem Interesse liegen, daß wir eine Fachfirma heranziehen. Das ist der Grund.

Zum anderen, darf ich sagen, diese 300.000 Schilling scheinen nicht mehr auf. Die Firma Premm verzichtet auf diese Kosten, das möchte ich ganz klar sagen. Sie würde um S 300.000 höher liegen, aber sie verzichtet auf diese Kosten, das ist auch im Amtsbericht enthalten.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Verzichtet sie auch darauf, wenn sie den Auftrag nicht bekäme? Wer bezahlt diese S 300.000,-?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist eine zweite Geschichte, aber sie verzichtet in diesem Fall auf diese Kosten. Unter diesem Aspekt hat auch die Stadt diese Kosten nicht zu tragen. Eines möchte ich noch sagen. Die Zusagen, die seinerzeit Bürgermeister Weiss gemacht hat, gelten auch für mich, wenn es Zusagen waren. Das ist nicht so, es muß alles kontinuierlich weiter gehen. Ich bitte Sie, sich zu erkundigen bei der Firma Beer & Janischofsky, ich habe heute noch ein Gespräch mit Herrn Brandl geführt und er hat mir nicht bestätigen kön-

nen, daß Bürgermeister Weiss konkret versprochen hat, daß er diesen Auftrag bekommt. Er hat mir das heute persönlich bestätigt.

Ich würde also bitten, unter diesem Aspekt diesen Beschluß zu fassen. Wegen der Zusagen, Karl, darf ich Dir sagen, wir haben das Geld vom Possart auch noch nicht. Auch da haben wir schon Erfahrungen gemacht, daß viele zu uns kommen und sagen, die Zusage ist wohl da, aber das wird auf verhältnismäßig lange Zeit zugesagt. Es ist die Situation dort auch nicht so, daß man sagt, da geht alles reibungslos und beim Bund nicht

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Aber eines muß man schon sagen, daß der Possart noch immer sein Wort gehalten hat!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, das tut aber auch der Bund. Da befinden sich die beiden in sehr guter Gesellschaft, Schwierigkeiten und Probleme hat jeder.

Ich will hier nicht polemisieren, möchte aber doch sagen, bei der Bezirkssportanlage Vöcklabruck – auch unsere ist eine Bezirkssportanlage – hat zwei Drittel das Land getragen. Bei uns sind 4 Millionen zugesagt, dort aber sind 23 Millionen bezahlt worden. Weil wir zuerst vom Land gesprochen haben, vom internen Finanzausgleich usw., also mit der gleichen Behandlung ist es nicht sehr weit her, das muß ich schon sagen. Wir machen es aber trotzdem.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? (2 Stimmenthaltungen: Stadtrat Wallner/ÖVP und Gemeinderat Ing. Schloßgangl/ÖVP).

Danke. Ich bitte um den nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag handelt es sich um einen Antrag des Prüfungsausschusses. Ich darf mitteilen, daß der Jahresbericht unseres Kontrollamtes vorliegt und daß dieser Jahresbericht im Kontrollausschuß behandelt und dort zur Kenntnis genommen wurde. Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

4) Rp-800/82

Kontrollamt der Stadt Steyr; Jahresbericht
1983 gem. § 35 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1983 gem. § 35 Abs. 3 StS wird zur Kenntnis genommen (BEILAGE).

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf vorausschicken, daß ich mit meiner Wortmeldung im Zusammenhang mit dem vorliegenden Jahresbericht des Kontrollamtes keineswegs beabsichtige, die Arbeit des Kontrollamtes an sich aber auch die Arbeit des Prüfungsausschusses in Mißkredit zu bringen. Das habe ich bereits einmal von dieser Stelle aus zum Ausdruck gebracht, nämlich bei der Vorlage des letzten Jahresberichtes des Kontrollamtes. Zweifellos muß aber auch heu-

te festgestellt werden, daß diese sicher sehr umfangreiche Tätigkeit einerseits des Kontrollamtes aber andererseits auch des Prüfungsausschusses in diesem Jahresbericht, der wieder nur aus Überschriften besteht und keine Ergebnisse der kontrollierten Stellen aufzeigt, nicht in jenem Maß zum Ausdruck kommt, wie es ihr zustehen würde. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die, daß wir seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nach wie vor die Auffassung vertreten, daß, wenn ein Kontrollbericht in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung sozusagen der Öffentlichkeit vorgestellt wird, vor allen Dingen der Steuerzahler das Recht hat, zu erfahren, was bei Kontrollen, wenn überprüft wird, wie die Steuermillionen eingesetzt werden, herausgekommen ist.

Wir richten daher heute nochmals das Ersuchen, diese Möglichkeit in Zukunft zu schaffen, daß man eben nicht nur die überprüften Stellen im Bericht aufzeigt, sondern auch die Ergebnisse in einer öffentlichen Sitzung behandelt. Wir werden uns daher bei der Abstimmung, wo es um die Kenntnisnahme dieses Antrages geht, der Stimme enthalten, weil wir einerseits die Arbeit des Kontrollamtes – das habe ich bereits eingangs erwähnt – aber selbstverständlich auch die des Prüfungsausschusses zur Kenntnis nehmen, wir aber andererseits mit dieser Art des Berichtes nicht einverstanden sind.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nächster Redner ist Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich fühle mich als Obmann des Kontrollausschusses durchaus nicht hergenommen, sondern, meine Damen und Herren ich glaube, daß man hier mehrere Dinge noch dazusagen soll. Zum ersten möchte ich den Beamten des Kontrollamtes danke sagen für die Tätigkeit hier im Haus, zum zweiten möchte ich erklärend feststellen, warum ich es nicht so schlimm finde, daß die Prüfungsergebnisse hier nur kataloghaft und nicht inhaltlich dargestellt wurden. Im vorliegenden Inhaltskatalog ist ein wesentlicher Satz drinnen, nämlich, daß die im Prüfungsausschuß aufgezeigten Mängel behoben wurden. Ich glaube, es ist nicht unbedingt Aufgabe von Kollegialorganen, nachdem zwei, drei oder auch nur ein Jahr verstrichen sind nach einer Fehlhandlung, sich genußvoll darin zu suhlen. Ich glaube nicht, daß damit geholfen ist. Ich würde absolut mich nicht dazu hergeben, jetzt als Obmann des Prüfungsausschusses hier zu sprechen, wenn nur eine einzige aufgezeichnete Fehlhandlung oder ein einziger verbesserungswürdiger Vorgang da wäre, der nicht korrigiert wurde und das nicht im Bericht erwähnt wäre. Da, glaube ich, kennen Sie mich alle gut genug, daß ich dieses Spiel nicht mitspielte. Ich glaube, daß es darum geht, daß wir begleitend kontrollieren können, vielleicht muß ich auch ein klein wenig sagen begleitend kontrollieren können. Die Kontrolle, die der Prüfungsausschuß in Übereinstimmung mit dem Kontrollamt durchführen kann, ist nur eine im Nachhinein-Kontrolle. Der Prüfungsausschuß überprüft in seinen Beratungen Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und korrekten Vollzug der Beschlüsse. Das ist die Aufgabe, die er durchführt. In die meisten Prüfungshandlungen nimmt der Prüfungsausschuß dann Einsicht, wenn bereits Stadtssenat oder Gemeinderat beschlußwirksam tätig waren. Das ist die Realität und insofern finde ich das Gebrechen im Vorliegen eines Kataloges von Prüfungshandlungen nicht gravierend, zumal ja alle politischen Parteien in diesem einzigen Ausschuß der Stadt Steyr mit Sitz und Stimme vertreten sind. Wenngleich natürlich auch hier das Übergewicht einer Partei zu bemerken ist. Das ist in der politischen realen Gegebenheit begründet, das muß man als Realist zur Kenntnis nehmen, aber die Informationen über die Prüfungsvorgänge sind nicht nur jeder Fraktion zur Kenntnis, sondern auch jede einzelne politisch vertretene Fraktion hat das Recht, sich stimmlich dazu zu verhalten. Ich danke nochmals dem Kontrollamt für die Arbeit und ich danke auch bei dem einen Prüfungspunkt, der in der allerletzten Zeit behandelt wurde, für das rasche Reagieren seitens Magistratsdirektion und seitens des Bürgermeisters, wo nämlich eine Anweisung im Haus ergangen ist, die exakt der Anregung des Prüfungsausschusses folgt und da kann man, glaube ich, auch hier im Plenum ins Detail gehen, daß vielfach kritisiert

wurde, daß Leistungen von Ziviltechnikern, die herangezogen wurden zur Anbot-ausschreibung, zu großzügig erstellt wurden. Dadurch konnten eben Beschlußungen-
nauigkeiten stattfinden. Es ist eine diesbezügliche Anordnung sowohl beamtenintern als
auch von Seiten des Bürgermeisters ergangen, daß auf die Handhabung dieser Lei-
stungen im Speziellen Rücksicht genommen werden soll, daß da größere Genauigkeit
eintritt und daß den auftragnehmenden Privatpersonen die Haftungsaspekte, die sich
aus ihrem Verhalten ergeben können, deutlich vor Augen geführt werden.
Das sei nur ein kleiner Abriß in die Tätigkeit des Prüfungsausschusses gewesen und
es sei nur eine Begründung gewesen, warum ich mich als Obmann des Prüfungsaus-
schusses durchaus nicht zerzaust fühlen kann von der Wortmeldung des Kollegen Eich-
hübl.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Ich frage, ob noch jemand das Wort
wünscht? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Kollege Eichhübl hat vor einem Jahr genau das gleiche Theater hier aufgeführt. Ich bin
hier kein Verteidiger der Verwaltung oder des Kontrollamtes, aber es ist schon eine
Zumutung, wenn die Freiheitliche Partei mit einem Vertreter im Prüfungsausschuß
vertreten ist und jede Möglichkeit hat, Einsicht zu nehmen in alle Prüfungsgegenstände
und bis heute kein einziges Mal von diesem Recht Gebrauch gemacht hat. Ich glaube,
ich bin einer der wenigen, der vor einer Prüfungsausschußsitzung manchmal in das
Kontrollamt geht und sich einen besonderen Akt herausucht. Dieses Recht steht mir ja
zu und ich habe als kleine Fraktion im Prüfungsausschuß schon so manche Dinge auf ge-
rollt und habe Mängel aufgezeigt. Das Kontrollamt hat diese Mängel überprüft und wenn
notwendig, wurden diese abgestellt. Ich möchte auch sagen, es gibt einen Fall – das ist
ja kein Geheimnis – im Zusammenhang mit den Ortskai-Bauten. Trotzdem die ÖVP auch
nicht die Mehrheit hat mitsamt dem Vorsitzenden, ist es uns doch gelungen, gemeinsam
gelungen, die Mehrheit so weit zu bewegen, daß sie sofort, obwohl das nicht auf der Ta-
gesordnung gestanden ist, diese Frage überprüft und dementsprechend Bericht er-
stattet hat. Ich glaube, daß alle jene, die das Recht wahrnehmen im Prüfungsausschuß,
gute Arbeit geleistet haben und erfreulicherweise – das widerspiegelt sich hier in den
Überschriften des beantragten Kontrollberichtes, der Entlastung – hat auch das Kon-
trollamt sehr gut gearbeitet und die Zusammenarbeit mit den Parteien klappt vorzüglich.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen?
Herr Kollege Humer bitte!

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Da ich mich angesprochen fühle vom Kollegen Treml, daß ich die Möglichkeit hätte,
Einsicht zu nehmen. Ich kann Dich trösten und Dir sagen, daß der Herr Kontrollamt s-
direktor das nachweisen kann, daß ich Einsicht genommen habe.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber Deinem Kollegen sagst Du davon nichts!

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Ich enthalte mich aber auch deswegen der Stimme und unterstütze unseren Fraktionsobmann deshalb, weil nur die Obmann-Fraktion und der Stellvertreter die Quartalsberichte erhalten und wir die Möglichkeit zur Einsicht haben. Unser Wunsch ist immer dahin gegangen, mit Deiner Unterstützung, allen Fraktionen die Quartalsberichte zukommen zu lassen, damit auch wir uns besser vorbereiten können. Wir sind ja dienstlich auch nicht so weit abkömmlich, daß wir uns einen ganzen Tag hier hereinsetzen und zu den zusätzlichen Aufgaben, die wir haben, das auch noch durchstudieren. Ich glaube, Du hast mich auch im Ausschuß dabei unterstützt, als ich die Anregung gebracht habe, aber der Herr Bürgermeister war seinerzeit nicht bereit, die Geschäftsordnung dahingehend abzuändern.

Weiters findet auch unsere Anregung nicht den Ausdruck, und zwar eine Abänderung der Vergabeordnung, damit solche Mängel nicht mehr vorkommen. Es sind einige Änderungen vorgesehen, einige bereits durchgeführt.

Ich kann aber daher diesem Antrag nicht zustimmen, sondern werde mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung, wer für den vorliegenden Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme (2 Stimmenthaltungen - FPÖ-Fraktion).

Ich danke Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und sage auf allgemeinen Wunsch eine Pause von ca. 10 Minuten an.

Pause von 17 - 17.15 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Beratungen wieder auf. Ich ersuche Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zu unterbreiten. Der erste dieser Anträge ist ein sehr weitreichender Antrag, er beschäftigt sich mit der Aufnahme von Kommunaldarlehen im Gesamtausmaß von 40 Millionen Schilling. Das ist übrigens auch im Budget 1984 so vorgesehen. Leider sind wir aufgrund der derzeitigen Finanzlage gezwungen, diese Darlehen aufzunehmen. 20 Millionen werden bei der Raiffeisenbank Garsten-Steyr aufgenommen zu einem Zinssatz von 7,25 % und einer Laufzeit von 25 Jahren und weitere 20 Millionen Schilling bei der Sparkasse Steyr mit 7,5 % Zinssatz und ebenfalls einer Laufzeit von 25 Jahren.

Der Antrag lautet:

5) Ha-2110/84

Ha-2111/84

Aufnahme von Kommunaldarlehen bei der Raiffeisenbank
Garsten - Steyr und Sparkasse Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II wird der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von

S 20,000.000,-- (zwanzig Millionen)

bei der Raiffeisenbank Garsten-Steyr zu einem derzeitigen Zinssatz von 7,25 % p. a. dek. und einer Laufzeit von 25 Jahren und eines Kommunaldarlehens in Höhe von

S 20,000.000,-- (zwanzig Millionen)

bei der Sparkasse in Steyr zu einem derzeitigen Zinssatz von 7,5 % p. a. dek. und einer Laufzeit von 25 Jahren zugestimmt.

Die Festlegung der übrigen Darlehensbedingungen anlässlich der Unterfertigung der Darlehensurkunde bleibt der Magistratsabteilung II vorbehalten.

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft die Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine. Die Liste, die wir bisher gehabt haben, stammt aus dem Jahre 1978 und ist also bereits 6 Jahre alt. Trotz der schwierigen Finanzlage wollen wir den Sportvereinen eine größere Förderung geben. Es soll der Betrag von 455.500 Schilling, den wir bisher gegeben haben, auf 660.000 Schilling erhöht werden. Subventionsbeträge über S 10.000 sollen in zwei gleichen Raten, Anfang Mai und Anfang Dezember, gegeben werden. Der Antrag lautet:

6) Ha-3060/84

Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahre 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die nachstehenden Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahre 1984 die in der Folge angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von

S 660.000,-- (Schilling sechshundertsechzigtausend)

gewährt, wobei S 435.900,- bei der VA. St. 1/269000/757000 freigegeben werden und eine Kreditüberschreitung von S 224.100,- bei derselben Va-St. bewilligt wird. Die Deckung hierfür hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Die Subventionen sind von der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre ausgenommen. Die unter Punkt A angeführten Subventionen sind in zwei gleichen Raten im Mai und Dezember des Jahres, die unter Punkt B angeführten Subventionen sofort aus-zuzahlen.

A.

Subventionen über S 10.000,-, welche in 2 Raten ausbezahlt werden:

Allgemeiner Turnverein Steyr	S 28.000,--
Alpenverein Steyr	S 17.000,--
ARBÖ Ortsgruppe Steyr	S 30.000,--
ASKÖ Schiverein	S 11.000,--
ASV Bewegung	S 23.000,--
ATSV Stein	S 12.000,--
ATSV "Vorwärts" Steyr	S 130.000,--
Kajak- und Segelsportverein Forelle	S 24.000,--
Naturfreunde Steyr	S 44.000,--
OÖAMTC, Ortsgruppe Steyr	S 10.000,--
Schiklub Steyr-Musica	S 15.000,--
SK Amateure	S 65.000,--
SK Vorwärts	S 61.000,--
Sportflieger	S 12.000,--

Turn- und Sportunion Steyr	S 26.000,--
ASKÖ, Bezirksorganisation Steyr	S 17.000,--
ASVÖ, Bezirksorganisation Steyr	S 17.000,--
Union, Bezirksorganisation Steyr	S 17.000,--
	<u>S 559.000,--</u>
	=====

B.

Subventionen unter S 10.000,--, welche in einem ausbezahlt werden:

Angelsportverein	S 2.500,--
ASKÖ Kegelsportklub	S 6.000,--
ASKÖ Freizeitklub Resthof	S 4.000,--
ASKÖ Minigolfklub	S 4.000,--
ASKÖ Modellflieger	S 3.000,--
ASKÖ Schibobklub	S 3.000,--
ASKÖ Steyrer Windsurfklub	S 5.000,--
ASKÖ Stocksützen Waldrandsiedlung	S 3.000,--
ASKÖ Tabor	S 6.000,--
ASKÖ Tischtennisklub	S 3.000,--
ASKÖ Volleyball	S 4.000,--
Casting Club	S 2.000,--
ESV Steyr	S 2.500,--
Heeressportverein Steyr	S 7.000,--
Kegelsportklub Stein	S 2.000,--
Magistratssportverein	S 5.000,--
Motor-Sport-Club Steyr	S 5.000,--
Polizeisportvereinigung Steyr	S 8.000,--
Reitklub Steyr	S 5.000,--
Ruderverein 1888	S 5.000,--
Schützengesellschaft Steyr	S 7.000,--
Steyr-Fiat-Team	S 2.000,--
Tauchsportklub Steyr	S 4.000,--
	<u>S 101.000,--</u>
	=====

Summe A:	S 559.000,--
Summe B:	<u>S 101.000,--</u>
	S 660.000,--
	=====

Ich darf Sie bitten, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag lautet:

7) Pers-355/84

Personalvertretung des Magistrates Steyr; Gewährung der Jahressubvention 1984 für Personalbetreuungsaufgaben (Betriebsausflüge und kulturelle Veranstaltungen).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 3. April 1984 wird der Personalvertretung des Magistrates Steyr über Ansuchen zur Durchführung verschiedener sozialer Aktionen im Rahmen der Personalbetreuung eine Subvention in Höhe von

S 345.000,-- (Schilling dreihundertfünfundvierzigtausend) gewährt und dieser Betrag bei VSt 1/094000/757000 freigegeben. Aufgrund des sozialen Charakters der Personalbetreuungsaktionen wird von der Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen. Über die widmungsmäßige Verwendung der Subvention ist von der Personalvertretung nach Ablauf des Rechnungsjahres zu berichten. Gleichzeitig wird der Bericht vom 27. März 1984 über die Verwendung der Subvention für das Jahr 1983 zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der letzte Antrag betrifft:

8) Ha-2399/76

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung: Abwasserbeseitigungsanlage BA 03; Förderung durch das Land Oberösterreich - Baureferat" Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 26. 4. 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oberösterreich - Baureferat gewährtes Investitionsdarlehen in Höhe von S 1,200.000,- für den Bauabschnitt 03 der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Keine. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Kollegen Wippersberger. Nächster Berichterstatter ist Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren!

Für die Erhaltung der alten Dachlandschaft, und zwar für die Durchführung von Dachreparaturen mit Biberschwanz-Ziegeln an 9 Objekten in unserem Stadtgebiet ergeht folgender Antrag an Sie:

9) K-19/84

Erhaltung der alten Dachlandschaften; Dachreparaturen mit "Biberschwanz"-Ziegelmaterial.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 5. 1984 wird zur Erhaltung der alten Dachlandschaften durch Dachreparaturen mit Biberschwanz-Ziegelmaterial ein Betrag von S 494.000,- als Subvention gemäß der im genannten Amtsbericht enthaltenen Aufstellung bewilligt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 220.000,-- (Schilling zweihundertzwanzigtausend)

bei VSt 1/363000/778000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 294.000,-- (zweihundertvierundneunzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie auch im Interesse der Erhaltung unseres Stadtbildes um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Stimmenthaltungen oder Gegenstimmen sind keine feststellbar, daher einstimmige Annahme.

Ich danke Kollegen Fritsch und bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Feuerhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen drei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Straßenerhaltungsprogramm 1984. Das Straßenerhaltungsprogramm beinhaltet nur die Arbeiten des Städt. Wirtschaftshofes. Wie Sie ja wissen, wurde bereits mit den Ausbesserungsarbeiten der Frostschäden begonnen. Das Straßenasphaltierungsprogramm ist heuer geteilt worden, das Straßenbauprogramm hat die Abteilung III übernommen. Ich hoffe, daß wir bei der nächsten Sitzung dieses Programm bereits zur Verfügung haben. Ich möchte darum bitten, daß alle hier im Gemeinderat Tätigen bis zum 15. September heurigen Jahres ihre Wünsche deklarieren, damit das Bauamt und der Wirtschaftshof die Vorarbeiten treffen können. Es ist von großer Bedeutung, wenn wir im Herbst bereits beginnen können und es auch im Budget Niederschlag finden kann. Der entsprechende Antrag lautet:

10) Bau3-3230/84

Straßenerhaltungsprogramm 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. Mai 1984 wird zur Durchführung des Straßenerhaltungsprogrammes 1984 entsprechend der dem zitierten Amtsbericht beigeschlossenen Aufstellung, welches Kosten von S 1,471.250,- verursachen wird, ein Betrag von

S 1,500.000,-- (eine Million fünfhunderttausend)

bei VSt 1/612000/611000 freigegeben.

(BEILAGE)

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage auch hier, ob jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Es liegt Einstimmigkeit vor.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag lautet:

11) Bau3-2721/80

Ausbau der Wolfener Landesstraße - Baulos Steyr;

1. und 2. Bauetappe und Baulos Judendorfer II - Grundeinlösen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 4. 1984 wird der Ausbezahlung der dort im einzelnen angeführten erforderlichen Grundeinlösungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wolfener Landesstraße, Baulos Steyr, 1. und 2. Bauetappe und Baulos Judendorf II im Gesamtbetrag von S 3,244.304,- zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 3,244.000,— (Schilling drei Millionen zweihundertvierundvierzigtausend) als Kreditüberschreitung bei VSt 5/611000/002230 bewilligt.

Die Deckung für diese Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Dazu muß ich noch erwähnen, daß der Grundpreis der Firma Weindl in diesen Grundankäufen noch nicht berücksichtigt ist.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es gegenteilige Meinungen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag betrifft:

12) Bau3-1251/84

Verbreiterung des Laichbergweges und Ausbau von Grundstückszufahrten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 4. 1984 werden im Zusammenhang mit der Verbreiterung des Laichbergweges und dem Ausbau von Grundstückszufahrten nachstehende Aufträge vergeben:

1. Bauarbeiten an die Firma Zwettler, Steyr, zum Preise von S 719.478,— (unter Anwendung der 5 %igen Ortsschutzklausel).

2. Lieferung des Elektromaterials an die Firma Elektro-Bau AG Steyr zum Preis von S 102.109,—. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 822.000,— (Schilling achthundertzweiundzwanzigtausend)

sind aus VA-St. 1/612000/002000 zu entnehmen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es wünscht auch dazu niemand das Wort. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Beides nicht, daher Einstimmigkeit.

Ich danke für die Berichte. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen heute 3 Anträge vorlegen. Der erste Antrag betrifft:

13) ÖAG-2353/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Grundleistung gemäß

§ 21 Abs. 1 Z. 3 FAG 1979 für das Jahr 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 29. 3. 1984 und des Berichtes des Kontrollamtes vom 10. 4. 1984 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Steyr für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von

S 1,000.000,— (Schilling eine Million)

bei VSt 1/879000/759200 freigegeben.

Die Auszahlung eines Betrages von S 96.570,- erfolgt nach Beschlußfassung, die Restsumme von S 903.430,- wird nach Vorlage der Jahresbilanz 1983 an die Stadtwerke zur Auszahlung gelangen.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der zweite Antrag lautet:

14) ÖAG-6116/79

Stadtwerke

Trinkwasserversorgung Neustift, Gleink und Weinzierl;

Einbau der Fernwirk- und Fernmeldeanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 11. April 1984 wird der Auftrag für die Errichtung der Fernwirk- und Fernmeldeanlage betreffend der Trinkwasserversorgung Neustift, Gleink und Weinzierl an die Firma Enzlberger, Steyr, zum Preise von S 405.103,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag lautet:

15) ÖAG-2152/84

Stadtwerke

Sanierung der Josef Wokral-Straße; Neuverlegung
der Gas- und Wasserleitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 23. März 1984 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung der Gas- und Wasserleitung im Zuge der Sanierung der Josef Wokral-Straße nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten: an die Firma Hinteregger & Söhne,
Zweigniederlassung Linz, zum Preis von S 485.213,40 (exkl. 20 % USt)
2. Lieferung der Polrohr und Armaturen: an die
Firma ÖAG Konti, wels, zum Preis von S 80.327,- (exkl. 20 % USt)
3. Rohrverlegung: an das städt. Gaswerk zum Preis von S 132.000,- (exkl. 20 % USt)
4. Rohrverlegung: an das städt. Wasserwerk zum
Preis von ca. S 125.000,-- (exkl. 20 % USt)

Die für die Verlegung der Erdgasleitung erforderlichen Rohre und Formstücke zum Gesamtpreis von S 369.722,- (exkl. 20 % USt) sowie die Rohre und Formstücke für die Trinkwasserversorgungsleitung zum Preis von S 191.673,45 (exkl. 20 % USt) sind aus

dem bestehenden Rohrlager zu entnehmen.
Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch hier ersuche ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer wünscht dazu zu sprechen? Ich sehe auch hier keine Wortmeldung. Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte und bitte als nächsten Berichterstatler Herrn Stadtrat Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag lautet:

16) Bau6-5135/83

Erstellung eines Kanaldetailprojektes für
den Stadtteil Steyrdorf - Wehrgraben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 4. 1984 wird der Auftrag zur Erstellung eines Kanaldetailprojektes für den Stadtteil Steyrdorf - Wehrgraben an Herrn Dipl. Ing. Flögl, Linz, zum Preis von S 1,000.000,- (exkl. USt) übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1,000.000,- (Schilling eine Million)

werden bei VSt 5/811000/050420 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Mein nächster Antrag lautet:

17) Bau6-4840/83

Errichtung der Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe;
Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 4. 1984 wird der Auftrag zur Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe, an die Firma Adami, Steyr, zum Preis von S 2,936.737,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 2,000.000,- (Schilling zwei Millionen)

bei VSt 5/811000/050130 und ein Betrag im Ausmaß von

S 936.700,- (neunhundertsechsdreißigtausendsiebenhundert)

bei VSt 5/811000/050050 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Ebenfalls keine vorhanden. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich danke Kollegen Wallner für seine Berichte. Anstelle des sich auf Urlaub befindlichen Stadtrates Zöchling bitte ich die Frau Stadtrat Ehrenhuber um den Vortrag der letzten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER (anstelle des abwesenden Stadtrates Zöchling):

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

In Vertretung von Kollegen Zöchling darf ich Ihnen 5 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen.

Der erste Antrag betrifft:

18) ÖAG-2819/84

Rückkauf der Grundparzelle 1782/10 Bauplatz für den Kindergarten Resthof von der GWG Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Rückkauf der Grundparzelle 1782/10 Bauplatz im Ausmaß von 3.158 m² zum Preise von S 473.138,- von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr wird zugestimmt. Allfällige Kosten gehen zu Lasten der Stadtgemeinde.

Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag lautet:

19) GHJ2-152/82

Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Haratzmüllerstraße 37; Dacherneuerung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 29. 3. 1984 werden im Zusammenhang mit dringend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Haratzmüllerstraße 37 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Dachdeckerarbeiten an die Firma Wittner, Steyr, zum Preis von S 308.840,--

2. Spenglerarbeiten an die Firma Wittner, Steyr, zum Preis von S 132.282,--

Die aus diesen Instandhaltungsarbeiten resultierenden Gesamtkosten von S 441.122,- sind nicht auf die Mieten umzulegen, sondern werden von der Stadt Steyr getragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 442.000,-- (Schilling vierhundertzweiundvierzigtausend)

bei VSt 1/846000/010000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Gegenprobe? Danke, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Beim dritten Antrag geht es um die Neueindeckung der Volksschule Berggasse 4. Der Antrag lautet:

20) GHJ2-1865/84

Volksschule Berggasse 4; Neueindeckung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 4. 1984 werden im Zusammenhang mit der Neueindeckung der Volksschule Berggasse 4 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Dachdeckerarbeiten an die Firma Vratny, Steyr, zum Preis von S 398.832,-
2. Spenglerarbeiten an die Firma Faatz, Steyr, zum Preis von S 92.280,--
3. Blitzschutzanlage an die Firma Berger, Steyr, zum Preis von S 44.702,--

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 432.000,-- (Schilling vierhundertzweiunddreißigtausend)

bei VSt 1/211000/010000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 104.000,-- (Schilling einhundertviertausend)

bei derselben Va-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch hier liegt Einstimmigkeit vor.

(Stadtrat Rudolf Steinmaßl verläßt bei Tagesordnungspunkt 21) wegen Befangenheit den Sitzungssaal).

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag betrifft:

21) GHJ1-2149/84

Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 18. 4. 1984 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen nachstehende Aufträge vergeben:

1. Firma Mayr, Scharnstein: Werkraumeinrichtung S 194.091,74
2. Firma Steinmaßl, Steyr: 24 Schülertische und 48
Schülersessel S 51.254,78
10 Mädchenhandarbeitstische S 23.273,04 S 74.527,82
3. Firma Staudinger, Steyr: 1 Konferenzzimmertisch
S 19.680,--
11 Kästen S 43.594,32
Kücheneinrichtung S 89.280,-- S 152.554,32
4. Firma Heiz-Bösch, Steyr: 1 Wetrok-Bodenreini-
gungsmaschine S 18.239,41
5. Firma Furthner, Riedau: 1 Schultafel S 11.266,08
6. Firma Löger, Steyr: Verdunkelungsvorhänge S 22.431,12
7. Firma Sport-Eybl, Steyr: 1 Sprungkasten und 1
Paar Kleinfeldtore S 18.000,--

aufgerundet (event. Mehrkosten, Transportkosten usw.) S 491.110,49
S 89,51

S 491.200,--

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
 S 100.500,- (Schilling einhunderttausendfünfhundert)
 bei VSt 1/211000/043000, ein Betrag von
 S 305.800,- (Schilling dreihundertfünftausendachthundert)
 bei VSt 1/212000/043000 und ein Betrag von
 S 41.300,-- (Schilling einundvierzigtausenddreihundert)
 bei VSt 1/213000/043000 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
 S 8.000,-- (Schilling achttausend)
 bei VSt 1/213000/400100 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch
 Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.
 Darüber hinaus ist ein Betrag von
 S 15.900,-- (Schilling fünfzehntausendneunhundert)
 bei VSt 211000/400100 und ein Betrag von
 S 11.900,-- (Schilling elftausendneunhundert)
 bei VSt 1/212000/400100 sowie ein Betrag von
 S 7.800,-- (Schilling siebentausendachthundert)
 bei VSt 1/213000/400100 zu entnehmen.
 Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes
 für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf Sie auch hier um Genehmigung ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch hier sehe ich keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Danke, ich sehe die einstimmige Annahme.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der letzte Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, lautet:

22) FW-2781/84

Ankauf von Feuerwehrgeräten und Feuerwehrausrüstungsgegenständen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 4. 1984 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf von Feuerwehrgeräten und Feuerwehrausrüstungsgegenständen nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung verschiedener im obzitierten Amtsbericht
 detailliert aufgeschlüsselter Ausrüstungsgegenstände: an die Firma Rosenbauer, Leonding, zum
 Preis von S 269.655,60
2. Lieferung eines Preßluftatmers PA 80/1800-1:
 3 Grundgeräte, 3 Kunststoff-Lungenautomaten,
 3 Flaschenlager, 3 Preßluftflaschen 6 l/300 b,
 3 Masken Panorama Nova-Ra, 1 Werkzeugsatz
 an die Firma Rosenbauer, Leonding, zum Preis von S 47.490,--
3. Lieferung einer Stihl Motorsäge AVESO 30 mit Re-
 serve-Kette an die Firma Gründler, Steyr, zum
 Preis von S 5.468,--
4. Lieferung verschiedener im obzitierten Amtsbericht
 detailliert aufgeschlüsselter funktechnischer Aus-
 rüstungsgeräte: an die Firma Autophon GesmbH, 1010
 Wien, Rudolfplatz 2, zum Preis von S 145.446,--

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
 S 468.100,-- (Schilling vierhundertachtundsechzigtausendeinhundert)
 werden bei VSt 5/163000/043000 freigegeben.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke der Kollegin Ehrenhuber für die präzise Berichterstattung.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt und kommen nun zur Aktuellen Stunde (Beginn der Aktuellen Stunde 17.40 Uhr).

Ich frage, ob seitens der SPÖ eine Anfrage vorliegt? Keine. ÖVP? Ebenfalls kein Beitrag. FPÖ? Kollege Humer bitte.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, wertere Damen und Herren!

Anläßlich der Aktuellen Stunde zur fortgeschrittenen Zeit möchte ich auf ein Problem aufmerksam machen. Ich habe vergangene Woche zufällig einen Feriengast aus München getroffen, der mich gebeten hat, ihm den Steyrer Campingplatz zu zeigen. Ich bin mit ihm in die Punzerstraße gefahren, das ist wunderbar beschildert, aber dann haben wir uns verfahren. Und nun zum Problem: Der derzeitige Campingplatz in Steyr-Münichholz, erhalten und betrieben von der Forelle Steyr, entspricht in keiner Weise mehr den Anforderungen, die der internationale Campingführer "Europa Camping-Caravanning 1983" für die unterste Komfortstufe fordert. Er scheint daher in diesem Campingführer überhaupt nicht mehr auf. Die Anfahrt zu diesem Campingplatz kann als abenteuerlich bezeichnet werden. Es hat sich im erwähnten Fall um ein Wohnmobil gehandelt. Ich habe mir dann den Campingplatz genauer angesehen, er wurde am 15. Mai eröffnet und ich konnte am Montag, 21. Mai, den ersten Campingplatz in Steyr begrüßen. Das sagt ja schon einiges aus über die Frequenz dieses Platzes. Der Platz ist 0,3 ha groß und hat eine sehr schöne Lage, er entspricht aber leider den heutigen Anforderungen nicht mehr. Er umfaßt 20 Stellplätze auf einer Wiese, die aber für Wohnwagen oder Wohnmobile ungeeignet ist, da sie unbefestigt ist und es keine Abstützmöglichkeiten gibt. Es gibt keine Stromanschlüsse und auch keine Wasseranschlüsse. Eine Doppelsteckdose habe ich vorgefunden, die für 20 Stellplätze vorgesehen ist. Ungeeignet ist vor allem die Zufahrt von der Punzerstraße in die Puschmannstraße, da die Durchfahrt eine Höhenbeschränkung von 2,8 m aufweist und dieser Wohnwagen hatte genau diese Höhe. Die Durchfahrt war also nur mittels Einweisung möglich. Die Öffnungszeiten dieses Platzes, das sind jene Zeiten, an denen der Platzwart anwesend ist, sind von 1/2 10 bis 18.30 Uhr. Der vorhin erwähnte Gast ist um 18 Uhr angekommen, zu dieser Zeit befand sich dort kein Platzwart, weil dieser sicher mit einer so starken Frequenz nicht gerechnet hat. Ein ortskundiger Ruderer hat ihm geholfen, daß er Strom und sonstiges bekommen hat. Freizeitanlagen fehlen auf diesem Platz außerdem zur Gänze. Ich habe mir die Tarifliste angesehen, die Tarife entsprechen allerdings dem internationalen Standard. Man verlangt also die gleichen Tarife wie am Pichlingersee oder in Pettenbach im Enenglgut. Eine Mundpropaganda zufriedener Steyrer Campingplatzbenützer kann aufgrund der aufgezeigten Mängel wohl kaum erwartet werden. Eine Eignung als reiner Zeltplatz ist allerdings durchaus gegeben, denn er hat eine sehr schöne Lage. Aber den heutigen Anforderungen z. B. eben für Wohnwagenbenützer entspricht er in keiner Weise.

Wir fordern daher, daß das Entwicklungskonzept für Steyr und die Zusagen aller Fraktionen, mehr für den Fremdenverkehr zu tun, kein bloßes Lippenbekenntnis sein sollen, hier seitens der Gemeinde ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen und dieses den Anforderungen eines modernen Campingplatzes entsprechend aufzuschließen, um diesen zu betreiben oder betreiben zu lassen. Wir sollten nicht übersehen, daß der Reisetourismus sich sehr stark in die Richtung Camping und Caravanning entwickelt hat und Steyr den Anschluß auf diesem Gebiet des Fremdenverkehrs nicht versäumen sollte. Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, ich ersuche Sie daher, sich unseren Forderungen anzuschließen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der SPÖ wird Kollege Sablik, ein alter Campierer, dazu Stellung nehmen.

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Liebe Mitglieder des Gemeinderates!

Wie Bürgermeister Schwarz schon gesagt hat, als alter Campierer, der mindestens 30 Nächte außerhalb Steyrs im Wohnwagen verbringt, möchte ich ganz kurz dazu Stellung nehmen.

Lieber Kollege, es ist völlig klar, daß der Campingplatz in Steyr nicht den Anforderungen von Bad Aussee oder sonstwo entsprechen kann, weil auch trotz bester qualitativer Ausgestaltung die Leute nicht herkommen. Das liegt nicht am Platz, sondern das liegt daran, daß in den Routenführungen der internationalen Campingvereine und sonstiger Vereine, die den Campern die Wege weisen – es gibt Leute, die so etwas brauchen, sonst finden sie nirgends hin – Steyr nicht aufscheint. Das ist eine Angelegenheit in dem Fall nicht der Stadtgemeinde, sondern des Fremdenverkehrsverbandes, der sicherlich sich künftighin auch mit dieser Gästegruppe befassen muß und die Werbung hier einsetzen wird. Die Zufahrt zum Campingplatz wurde unter dem Aspekt der besseren Zugänglichkeit vor zwei oder drei Jahren – der Berg war gefürchtet bei den Wohnwagenfahrern – tadellos hergerichtet. Ich war zufällig unten bei der Forelle und habe mir auch gedacht, daß an sich das Service für den Camper zu gering ist. Das ist aber eine Angelegenheit, die jetzt einmal von der Stadtgemeinde mit der Forelle, die ja nicht unwesentliche Zuschüsse unter dem Titel des Campingplatzes erhalten hat, besprochen werden muß. Ich finde es gar nicht so tragisch, daß dort kein Hartplatz für Wohnwagen ist, denn ein anständiger Wohnwagenfahrer hat sowieso vier Bretter mit, womit er seinen Wohnwagen abstützt. Und ein Wohnmobilfahrer stützt wegen einer Nacht seinen Wagen sowieso nicht ab. Das Enenglgut als Vergleichsbasis heranzuziehen ist insofern nicht möglich, weil das Enenglgut für Dauercampierer gedacht ist. Dieser Platz ist das ganze Jahr vermietet und natürlich ist dort vom Swimmingpool bis zur 100 m²-Parzelle alles vorhanden. Die Zufahrt mit einer Höhe von 2,8 m, ja da hat er noch Glück gehabt, daß er eine so hohe Zufahrt findet, denn in anderen Städten sind die Zufahrten teilweise nur 2,55 m hoch. Die Camper müssen weite Umwege in Kauf nehmen, damit sie dorthin kommen, 2,8 m ist schon wunderbar. Die Beschilderung wurde über Veranlassung unserer Fraktionsmitglieder tadellos durchgeführt. Ich habe selbst kontrolliert, ob man aufgrund der Schilder hinfindet. Es beginnt schon bei der Einfahrt in die Seifentruhe, mehr kann man nicht machen. Die Schilder haben nur den einen Nachteil, es hätte nicht Zeltplatz darauf gehört, sondern das internationale Campingzeichen, also ein Zelt. Das ist international bekannt, aber bei unseren Schildermachern scheinbar nicht bekannt. Nicht jeder Ausländer versteht, was Zeltplatz heißt. Da kann aber nicht die Stadtgemeinde verantwortlich gemacht werden, sondern nur derjenige, dem das eingefallen ist. Das müßte korrigiert werden. Das WC ist offen, das ist wichtig. Wenn er sich Strom entnehmen kann, dann muß er froh sein. Eine Kabelrolle hat ja sicher jeder Camper bei sich. Anderswo bezahlt man zwischen 17 und 25 Schilling pro Nacht für die Entnahme des Stromes und bei uns kommt er mit einer Gebühr davon, die ähnlich ist wie in der Türkei, dort bezahlt man auch so wenig. Wir werden auch innerhalb unserer Fraktion darauf drängen, daß diese Kleinigkeiten abgeschafft bzw. von der zuständigen Stelle verbessert werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Sablik. Ich darf dazusagen, es gibt ja auch noch eine zweite Zufahrtsmöglichkeit, bei der man nicht durch diesen Torbogen fahren muß. Wer wünscht seitens der ÖVP dazu zu sprechen? Kollege Fritsch bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich bin in dem Fall als Fremdenverkehrsreferent unrichtigerweise angesprochen worden. Für uns im Fremdenverkehr ist es sicherlich von Interesse, auch die Camper nach Steyr zu bringen. Sie heben auf jeden Fall unser Nächtigungsplus bzw. unsere Näch-

tigungsziffern. Nebenbei werden die Hoteliers nicht viel Freude haben, weil jene, die auf dem Campingplatz übernachten, werden wahrscheinlich nicht in den genannten Lokalen unterkommen wollen. Aber Spaß beiseite. Eines ist sicherlich richtig, gewisse Unzulänglichkeiten sind dort vorhanden, das stellt man fest seitens des Fremdenverkehrs. Es kommt aber dazu, daß verantwortlich in erster Linie der Besitzer ist und der Besitzer ist nicht der Fremdenverkehrsverband, sondern der Magistrat bzw. die Liegenschaftsverwaltung. Ich würde also bitten, Anregungen dieser Art an die zuständige Abteilung weiterzugeben. Ich gebe sicherlich zu, daß ein Anreiz, wenn man einmal diesen Platz angefahren hat und diese in krasser Form geschilderten Zustände vorfindet, nicht gegeben ist, ein zweites Mal dorthin zu kommen. Das ist ein Teufelskreis, wenn man sagt, ich muß investieren, damit Leute kommen und sie kommen nicht, dann habe ich das Geld falsch investiert. Investiere ich nicht, kommen die Leute auch nicht. Ich würde bitten, im tragbaren finanziellen Rahmen eine Verbesserung dort in die Wege zu leiten, um auch hier den Fremdenverkehr im wahrsten Sinne des Wortes zu fördern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der KPÖ hat sich Kollege Treml gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Humer hat erwähnt, jede Partei sollte das unterstützen. Ich habe schon, bevor er darüber gesprochen hat, darauf hingewiesen, daß er offenbar nicht ganz richtig informiert ist, denn der Campingplatz gehört nicht der Stadt Steyr sondern der Forelle Steyr. Die Forelle als Verein hat dort keine Angestellten und es ist dort ein Zettel, auf dem steht, daß man ruhig übernachten kann und nächsten Tag kommt jemand, bei dem man bezahlen kann. Freilich, wenn keiner kommt, kann man wegfahren, ohne zu bezahlen – so schön ist es bei uns in Steyr. Ich war einmal ein Paddler und kenne dieses Gelände sehr gut. Die Forelle hat sich sicher etwas dabei gedacht und war der Meinung, daß aufgrund des Wassersportes viele Leute herkommen werden. Aber die Verhältnisse haben sich wesentlich geändert, früher hat man in einem Zelt geschlafen, heute gibt es so große Wohnungen, daß man bei Freunden, bei Sportlern usw. unterkommt. Ich glaube auch kaum, daß man nach Steyr Zeltler herbringt, weil in Steyr unter Umständen das Wetter immer wunderbar ist, die Enns lädt zum Schwimmen ein usw. Es sind halt sehr wenige, die mit Wohnwagen Steyr anfahren und einige Tage hierbleiben. Ich komme öfters dorthin, der Platz ist unterfrequentiert. Dieser Verein bekommt nicht so viel Geld, daß er dort einen Platzwart anstellen kann, wenn nur hie und da einer kommt – Du sagst selbst, er ist eröffnet worden und Du hast einen getroffen, der dorthin gefahren ist. Es hängt natürlich mit der Frequenz zusammen, denn die Lage wäre wunderbar. Natürlich ladet es dort nicht ein zum Baden usw. Meistens sind es Leute, die kurzfristig nach Steyr kommen, sich die Stadt anschauen, aber das ist für den Verein kein Geschäft.

Man sollte prüfen, ob man das eine oder andere dort machen kann mit Unterstützung der Stadt und vor allem sollte man – wie Kollege Sablik erwähnt hat – versuchen, wenn schon einer den Platz sucht, daß er ihn auch findet, das internationale Zeichen anzubringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich glaube, es sind hier durchaus wertvolle Anregungen gemacht worden. Man sollte dieses Problem nicht negieren, sondern auch seitens der Stadt versuchen, wo wir Hilfestellungen geben können, diese zu gewähren. Es wurde schon angeführt, daß das nicht eine Einrichtung der Stadt ist, sondern eine Einrichtung der Forelle Steyr. Vor allem bei der Beschilderung wäre es für mich durchaus denkbar, daß wir eine Verbesserung erreichen können, damit dieser Platz leichter auffindbar ist.

Ich frage nun die KPÖ, ob sie zur Aktuellen Stunde einen Beitrag hat? Es wird kein Beitrag gewünscht.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich danke allen herzlich für die Mitarbeit, für die Abwicklung dieser Sitzung und für die sachlichen Beiträge. Abschließend darf ich mitteilen und berichten, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von 29,387.000 Schilling gefaßt hat. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18 Uhr.

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Gerdie Gugenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



Erna Probst